



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Kampf der Kulturen“ vs. „Kampf um Ressourcen“?

Verfasserin

KERSTIN PIRKER

angestrebter akademischer Grad

MAGISTRA (Mag.phil.)

Wien, Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: 300/301

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft/ Publizistik

Betreuer: Ao. Prof. Dr. Otmar Höll

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Ziele der Diplomarbeit	3
Einleitung	7
Kampf der Kulturen als Ursache künftiger Konflikte	9
Huntingtons Thesen des Kampfes der Kulturen	13
Kultur und Zivilisation	16
Identität.....	19
Feindbild Islam.....	21
Der Westen.....	24
Diskussion der Thesen Huntingtons.....	26
Klimawandel und Ressourcenknappheit	31
Forschungsansätze: Umwelt und Konflikt	33
Weltkarte(n) zur Typologisierung bisheriger Umweltkonflikte.....	44
Sturm- und Flutkatastrophen als Konfliktauslöser	47
Gefahren für die internationale Sicherheit: Sicherheitspolitische Implikationen in Bezug auf Umwelt und Konflikt	49
Sechs Thesen zu Umwelt, Sicherheit und Konflikt.....	57
Neue sicherheitspolitische Herausforderungen	64
Übereinstimmung in der Umweltkonfliktforschung	66
Initiativen als Lösung für die Zukunft.....	68
Conclusio.....	73
Literatur	75
Abstract	78
Lebenslauf Kerstin Pirker.....	80

Ziele der Diplomarbeit

In dieser Arbeit soll eine kritische Auseinandersetzung mit den Thesen Samuel Huntingtons in „The Clash of Civilizations?“ und dem alternativen Konzepts der Ressourcenknappheit und Umweltdegradation geleistet werden. Beide Ansätze beschreiben mögliche Ursachen für derzeitige und zukünftige, globale Konflikte.

Mein Erkenntnisinteresse bezieht sich auf die Frage, ob es rein kulturell-religiöse Unterschiede sind, wie Huntington dies behauptet, welche die Konflikte der Zukunft auslösen, oder sich durch Ressourcenknappheit, hervorgerufen durch Klimawandel und Umweltdegradation, nicht die viel exorbitanteren, weltpolitischen Herausforderungen ergeben. Der Titel dieser Arbeit „Kampf der Kulturen“ vs. „Kampf um Ressourcen“ ist zum Teil auch polemisierend gegenüber Huntingtons „Kulturkampf-Ansage“ gewählt.

Meine Hypothese geht davon aus, dass (zwar in die Zukunft hinein gedacht), es Umweltprobleme und Ressourcenknappheit sein werden, die zu inner- wie zwischenstaatlichen Kriegen führen und andere Motive als Konfliktursachen in den Hintergrund treten werden.

Methodisch arbeite ich rein deskriptiv, wobei ich Teile der verwendeten Literatur aus Gründen der Aktualität und Zugänglichkeit aus dem Internet beziehe.

Im ersten Teil meiner Diplomarbeit werde ich mich kritisch mit den Thesen Samuel Huntingtons auseinandersetzen.

Beim Studium des Werks „The Clash of Civilizations?“ von Samuel Huntington werden dem Werk inhärente Widersprüchlichkeiten augenscheinlich. Manche Aspekte, welche zunächst nahe liegend erscheinen, lassen bei näherer Betrachtung jedoch größere Lücken erkennen. So wirken Huntingtons Definitionen von den Unterschieden zwischen den Kulturen, wie auch sein Kultur- und Zivilisationsbegriff, an keiner Stelle differenziert oder systematisch eingeführt und begründet. Ein Zitat aus „Kampf der Kulturen“ führt dies recht gut vor Augen: „Die philosophischen Vorraussetzungen, Grundwerte, sozialen Beziehungen, Sitten und allgemeinen

Weltanschauungen differieren von Kulturkreis zu Kulturkreis erheblich“ (Huntington 1998, 25). Um welche Differenzen es sich hier handelt, führt der Autor nicht genauer aus. Dennoch benennt Huntington diese kulturell/religiösen Unterschiede als Ursachen für die zukünftige Gefährdung des Weltfriedens.

Gleichwohl lässt sich eine recht einseitige Stoßrichtung Huntingtons in Richtung „der Islam gegen den Westen“ (im speziellen gegen die USA) feststellen.

Huntingtons Thesen von Kultur und Religion als (ausschließliche) Ursachen zukünftiger Konflikte, soll hier mein Hauptaugenmerk gelten.

Im zweiten Teil meiner Diplomarbeit werde ich mich mit den Theorien des Konzepts der Ressourcenknappheit und Umweltdegradation auseinandersetzen. Mein Interesse in diesem Teil bezieht sich dabei nicht nur auf die Gründe und Ursachen des Mangels an globalen Ressourcen, sondern hauptsächlich auf dessen sicherheitspolitische Implikationen.

Im Hinblick auf die mannigfaltigen umwelt- und machtpolitischen Herausforderungen, welchen sich die Menschheit in Zukunft stellen wird, soll in diesem Teil meiner Arbeit auch der Versuch gemacht werden, etwaige Lösungsvorschläge (anhand zu dieser Problematik von verschiedenen Experten schon geleisteten Studien) zum Erhalt einer friedlichen Weltordnung, aufzuzeigen. Dabei werde ich mich im zweiten Teil primär auf verschiedene Studien des deutschen WGBU¹ (Wissenschaftlicher Beirat

¹ Bis Ende Oktober 2008 befindet sich der WGBU (gegründet 1992) in seiner vierten Berufungsperiode. Seine derzeitigen neun Mitglieder sind:

Prof. Dr. Nina Buchmann, Professorin für Graslandwissenschaften, Institut für Pflanzenwissenschaften, Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich

Prof. Dr. Astrid Epiney, Professorin für Völkerrecht, Europarecht und schweizerisches öffentliches Recht, geschäftsführende Direktorin am Institut für Europarecht, Université de Fribourg

Dr. Rainer Grießhammer, Mitglied der Geschäftsführung des Öko-Instituts e.V., Freiburg, und geschäftsführender Vorstand der Stiftung Zukunftserbe

Prof. Dr. Margareta Kulesa, Professorin für allgemeine Volkswirtschaftslehre und Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Fachhochschule Mainz

der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) beziehen, in denen sich namhafte Experten in Gutachten und Sondergutachten mit den Themen Umwelt, Sicherheit und Konflikt beschäftigen.

Im dritten und letzten Teil dieser Arbeit werden die oben genannten Theorien einer kritischen Analyse unterzogen. In einer Conclusio sollen Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Theorien herausgearbeitet und eventuell ein prognostischer

Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik gGmbH, Bonn

Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, Professor für Physik der Ozeane, Universität Potsdam, und Leiter der Abteilung Klimasystem am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung

Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber CBE (stellv. Vorsitzender), Direktor des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Visiting Professor der Oxford University (Fachbereich Physik und Christ Church College)

Prof. Dr. Jürgen Schmid, Vorstandsvorsitzender und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Solare Energieversorgungstechnik e.V. und Professor an der Universität Kassel, Institut für Elektrische Energietechnik, Fachgebiet Rationelle Energiewandlung

Prof. Dr. Renate Schubert (Vorsitzende), Professorin für Nationalökonomie und Direktorin des Instituts für Umweltentscheidungen, Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich.

Die Hauptaufgaben des WGBU sind:

- globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren und darüber in Gutachten zu berichten,
- nationale und internationale Forschung auf dem Gebiet des Globalen Wandels auszuwerten,
- im Sinne von Frühwarnung auf neue Problemfelder hinzuweisen,
- Forschungsdefizite aufzuzeigen und Impulse für die Wissenschaft zu geben,
- nationale und internationale Politiken zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung zu beobachten und zu bewerten,
- Handlungs- und Forschungsempfehlungen zu erarbeiten und
- durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein für die Probleme des Globalen Wandels zu fördern (siehe: http://www.wbgu.de/wbgu_beiratsmitglieder.html und http://www.wbgu.de/wbgu_auftrag.html, 20.08.2008)

Blick in die Zukunft gewagt werden. Meine vorangesetzte Hypothese soll damit verifiziert oder falsifiziert werden.

Zuletzt möchte ich noch anmerken, dass ich meinen Fokus bewusst auf die oben genannten Konzepte begrenze, da die Fülle möglicher Konfliktursachen wahrscheinlich kaum jemals in ihrer ganzen Breite aufgezählt und untersucht werden kann.

Der Einfachheit halber wird in dieser Arbeit die männliche Form verwendet.

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Einleitung

Nach dem Ende des „Kalten Krieges“, aus welchem die USA als alleiniger Hegemon hervorging und dem Wegfallen der großen Ideologien, ging, durch das entstandene machtpolitische „Vakuum“, mit der „Neuen Weltordnung“² die Hoffnung auf den Anbruch eines neuen, friedlichen Zeitalters für die Menschen, unter amerikanischer Führung (zumindest nach dafürhalten der Amerikaner), einher.

Trotz der zahlreichen Konflikte³ von der Zeit nach Ende des Ost-West-Konflikts bis zur Gegenwart, veröffentlichte Francis Fukuyama⁴ noch vor dem Fall der Eisernen

² Geprägt wurde der Begriff der „Neuen Weltordnung“ durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson nach dem Ersten Weltkrieg. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg gab es in den Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) Anstrengungen zu Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit. Diese Bemühungen erhielten nach dem Ersten Weltkrieg durch Wilsons 14 Punkte Plan (1918) den entscheidenden Schub. Diese Punkte waren als grundlegendes Programm zur Nachkriegsordnung gedacht und sahen die Schaffung des Völkerbundes vor. Der Völkerbund sollte die Einhaltung von internationalem Recht, der Souveränität, Sicherheit und territorialer Integrität aller Völker und Nationen garantieren. Im Gegensatz zur „alten Weltordnung“, welche durch das System der Mächtigkeitsgleichheit (balance of power) geprägt war, sollten nun zur Friedenssicherung öffentlich beschlossene Friedensverträge, die Abschaffung der Geheimdiplomatie zur Vermeidung der Blockbildung und die Herabsetzung der nationalen Rüstungen dienen. 1920 nahm der Völkerbund in Genf seine Tätigkeit auf, 1946 stand er vor seiner Auflösung und die UNO setzte seine Tätigkeiten fort (TaschenAtlas Weltgeschichte 2006, 174).

³ Die Statistiken des Friedensforschungsinstitutes Sipri in Stockholm führte im Jahrbuch 2005 für den Zeitraum von 1990 bis 2004 weltweit 57 größere bewaffnete Konflikte auf, jedoch, und dies ist in Hinblick auf diese Arbeit hervorzuheben, waren nur vier dieser Konflikte zwischenstaatlicher Natur, die übrigen Auseinandersetzungen fanden intern der einzelnen Länder statt (vgl. <http://yearbook2005.sipri.org>, 20.08.2008).

⁴ Francis Fukuyama geboren 1952, studierte Politikwissenschaft an der Harvard Universität. Er arbeitete während der Jahre 1979–1980, 1983–1989 und 1995–1996 für die RAND Corporation, dazwischen für die US-amerikanische Regierung. 1996–2000 war er Professor an der George-Mason-Universität in Washington, D. C., derzeit ist Fukuyama Professor für internationale politische Ökonomie an der Johns-Hopkins-Universität (School of Advanced International Studies) in Washington DC. Fukuyama hat sich durch seine Stellungnahmen zu Themen der neueren Weltpolitik als liberaler Denker positioniert (vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Francis_Fukuyama, 19.05. 2008).

Mauer in der Vierteljahreszeitschrift „The National Interest“ einen Artikel mit dem (provokativen) Titel „The End of History?“ (Das Ende der Geschichte?).

1992 erschien „The End of History?“ als Buch. Fukuyama vertritt darin die These, dass sich nach dem Zusammenbruch der UdSSR (und der von ihr abhängigen Staaten) nun die Prinzipien des Liberalismus (in Form von Demokratie und Marktwirtschaft) endgültig und überall durchsetzen würden. Diese Überlegungen Fukuyamas lehnen sich an Hegels Geschichtsphilosophie an, in welcher es am Ende schließlich keine weltpolitischen Widersprüche mehr gibt und dieser Umstand zu einer letzten Synthese in der Geschichte der Menschheit führt.

Überspitzt ausgedrückt, werde sich die Welt (nach Fukuyama) nun langweilen.

Unzählige Kritiker versuchten Fukuyamas Konzept zur Zukunft der Geschichte der Menschheit zu widerlegen.

Kampf der Kulturen als Ursache künftiger Konflikte

1993 formulierte dann Samuel Huntington⁵ in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ eine Art Gegenthese zu Fukuyama: Auf die Konfrontation zwischen den Ideologien des Kalten Krieges folge nun „The Clash of Civilizations“, der Zusammenprall der Kulturen.

In seinem 1996 erschienenen Buch unterscheidet Huntington mehrere große, global konkurrierende Kulturen. Je nach Neigung und Konstellation könnten sich diese annähern, um so ihr eigenes Hegemoniestreben voranzutreiben oder das der anderen zu behindern (vgl. Atlas der Globalisierung 2006, 42).

Zukünftige Konflikte würden nicht mehr durch große Ideologien, Konflikten zwischen Reichen und Armen oder anderen ökonomisch definierten Gruppen bestimmt, sondern zwischen Völkern, die unterschiedlichen kulturellen Einheiten angehören, stattfinden.

Die hartnäckigsten und gefährlichsten dieser Konflikte, würden entlang von kulturellen Bruchlinien entbrennen.

Huntington konstatiert eine eventuelle Bündnisbildung zwischen dem orthodoxen Christentum im russischen Raum und der chinesischen „konfuzianischen“ Kultur, gegen die westliche Zivilisation (USA und Teile Europas). Dabei ist Huntingtons größte Befürchtung, dass sich die „antiwestliche Hauptachse“, in diesem Fall, die „konfuzianisch-islamische“ mit der „orthodoxen-hinduistischen“ Achse verbünden und so das „Gleichgewicht gegen den Westen“ kippen könnte (vgl. Atlas der Globalisierung 2006, 42). Damit wäre ein „Zusammenprall der Kulturen“ und der Untergang des Westens (durch das steigende Selbstbewusstsein und dem wirtschaftlichen Aufschwung der „antiwestlichen“ Staaten) unabwendbar.

⁵ Samuel P. Huntington (geb. 1927), ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter des John-M.-Olin-Instituts für Strategische Studien an der Havard Universität. Er war bis 1998 Berater des US-Außenministeriums und Mitbegründer der Zeitschrift Foreign Affairs. In zahlreichen Fachpublikationen hat Huntington seine Sicht der Perspektiven der Weltpolitik im 21. Jahrhundert verbreitet (vgl. Kampf der Kulturen 1998).

Huntingtons Artikel und das darauf folgende Buch haben weltweit für großes Aufsehen gesorgt⁶. Samuel Huntington hat sich in seinem Werk „The Clash of Civilizations?“ die Aufgabe gestellt, nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, die neu angehende Weltordnung gemäß seinen Anschauungen, in ihrer Genese zu schildern. Dazu verwendet er ein eigens zu diesem Zweck von ihm aufgestelltes Paradigma, welches dazu dienen soll, „einen leicht verständlichen Rahmen [zu liefern], angesichts der Fülle von Konflikten das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden, künftige Entwicklungen vorauszusagen und Orientierungshilfen für die Politik zu geben“ (Huntington 1998, 43).

Huntingtons Paradigma setzt bei kulturellen Unterschieden an. Er teilt die Welt in eine westliche und viele nichtwestliche und macht dies an folgenden Thesen fest (Huntington 1998, 43):

- „Der Druck in Richtung Integration in der Welt ist real. Genau dieser Druck ist es, welcher den Gegendruck der kulturellen Selbstbehauptung und des kulturellen Bewusstseins weckt.
- Die Welt ist in mancher Hinsicht zweigeteilt, doch ist die zentrale Unterscheidung heute die zwischen dem Westen als der bisher dominierenden Kultur und allen anderen Kulturen, die allerdings wenig bis gar nichts gemeinsam haben. Die Welt zerfällt mit einem Wort in eine westliche und viele nichtwestliche.
- Nationalstaaten sind und bleiben die wichtigsten Akteure des Weltgeschehens, aber ihre Interessen, Zusammenschlüsse und Konflikte werden zunehmend von kulturellen Faktoren geprägt.
- Die Welt ist in der Tat anarchisch und voll von Stammes- und Nationalitätskonflikten, aber die Konflikte, die die größte Gefahr für die Stabilität darstellen, sind jene zwischen Staaten oder Gruppen aus unterschiedlichen Kulturen“.

⁶ Die Zeitschrift „Foreign Affairs“ brachte aufgrund des großen Echos auf Huntingtons Artikel im Nov./Dez. 1993 ein Sonderblatt mit dem Titel „The Clash of Civilizations? The Debat“ heraus, worin sich verschiedene Wissenschaftler mit den Thesen Huntingtons auseinandersetzen.

Dieser kulturelle Ansatz entwirft nach Huntington eine „relativ einfache, aber nicht zu einfache Landkarte zum Verständnis dessen, was in der Welt vor sich geht“ (Huntington 1998, 45).

Am verständlichsten wird die weltpolitische Situation, wenn man sich einer „Landkarte“ bedient, welche die Welt als bestehend aus sieben oder acht Kulturkreisen begreift (Abbildung 1).

Denn Weltpolitik, so Huntington, wird heute nach Maßgabe von Kulturen und Kulturkreisen umgestaltet. Die Rivalität der Supermächte wird abgelöst vom Konflikt der Kulturen, die gefährlichsten Konflikte werden jene sein, die sich entlang von „kulturellen Bruchlinien“ bewegen. Und – dieser mögliche „Zusammenprall der Kulturen“ stellt die größte Gefahr für den Weltfrieden dar.

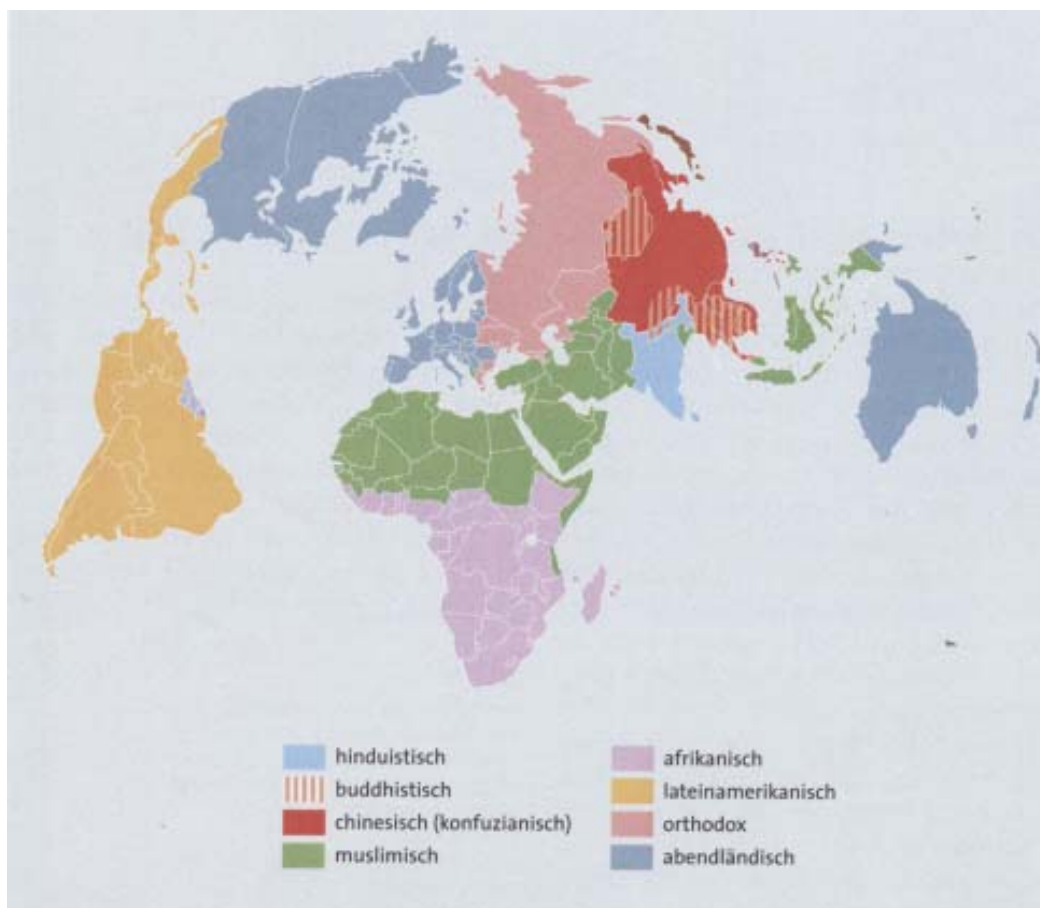


Abbildung 1 - Die Welt aus der Sicht Samuel Huntingtons. Quelle: Atlas der Globalisierung 2006, 42.

Selbstverständlich sind solche Spekulationen, wie Huntington sie in seinem Werk „Clash of Civilization?“ darbringt legitim und - wenn man das große Echo auf sein Werk beachtet - augenscheinlich sehr anregend. Doch, im Gegensatz zu dem unten behandelten, alternativen Szenario für die Ursachen sich in Zukunft (möglicherweise) ergebenden Konflikte, scheint Huntingtons Ansatz, unter Ausblendung anderer globalen Gegebenheiten, zu kurz gegriffen.

Huntingtons Thesen des Kampfes der Kulturen

Das zentrale Thema in Huntingtons Werk „The Clash of Civilizations?“ sind sich an globalen kulturellen Bruchlinien entlang bewegende, (zukünftige) Konflikte. Huntingtons Kernthese formuliert er wie folgt:

„It is my hypohtesis that the fundamental source of conflict in this new world will not be primarily economic. The great divisons among humankind and the dominating source of conflict will be cultural. Nation states will remain the most powerful actors in world affairs, but the principal conflicts of global politics will occur between nations and groups of different civilizations. The clash of civilizations will dominate global politics. The fault lines betwenn civilizations will be the battle lines of the future.“ [...] Conflict between civilizations will bet he latest phase in the evolution of conflict in the modern world” (Huntington 1993, 1).

In diesen Thesen Huntingtons werden die Kernannahmen seines Zivilisationsparadigmas gut sichtbar: Es gibt Zivilisationen; der Zusammenprall der Zivilisationen ist die Konfliktform der Zukunft, die Gefahr der Selbstauslöschung der Menschheit durch diese zukünftigen Konflikte ist derartig groß, dass die Konflikte zwischen den Zivilisationen folglich an Brisanz kaum mehr übertroffen werden können und auch die letzten in der modernen Welt sein werden, die Konflikte sind kulturell bestimmt und spielen sich an den (von Huntington selbst gezogenen) Grenzen zwischen den Kulturkreisen ab.

Folgende Abbildung illustriert recht anschaulich Huntingtons Einteilung der Kulturkreise samt den von ihm prognostizierten kulturellen Zusammenschlüssen:

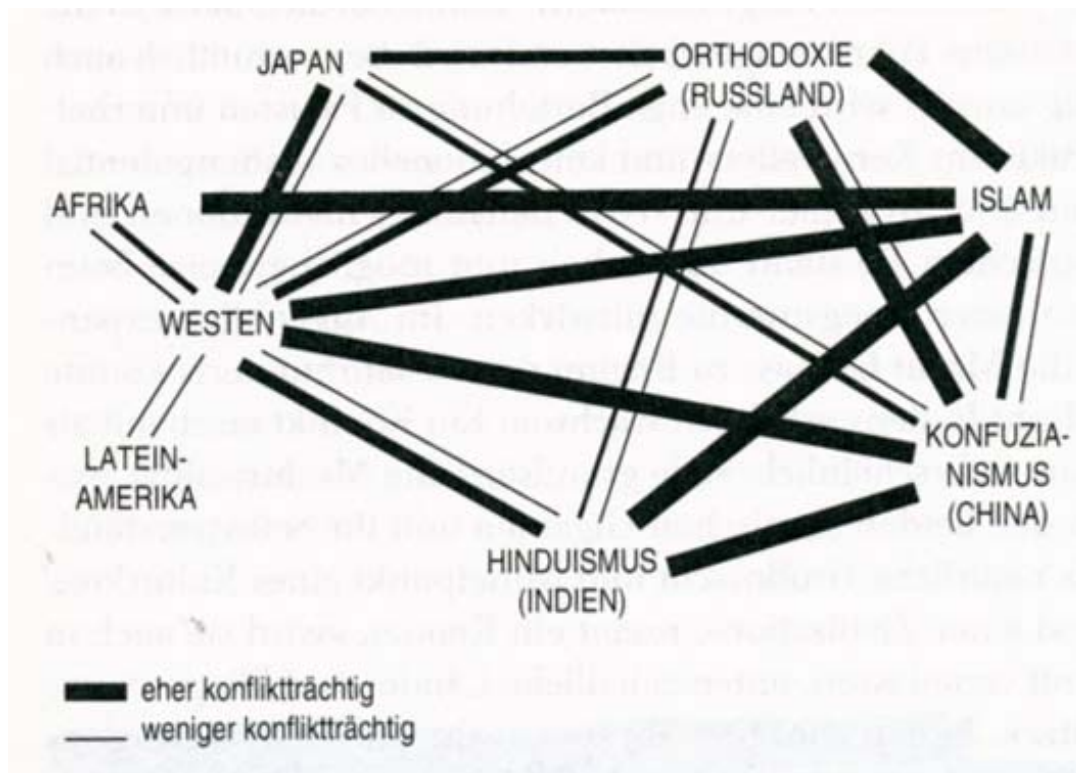


Abbildung 2 – Weltpolitik und Kulturkreise. Potenzielle Bündnisbildungen nach Huntington. Quelle: Samuel Huntington 1998, 398.

Huntington unterscheidet mehrere Konfliktphasen in der Geschichte. Waren es früher die Konflikte zwischen Königen und Adelsleuten und zwischen absoluten und konstitutionellen Monarchien, nach der Französischen Revolution zwischen Nationalstaaten und nach der Russischen Revolution zwischen Ideologien, so sind es heute Konflikte zwischen Zivilisationen.

Nach Huntington waren die bisherigen Konflikte vorwiegend innerwestliche Konflikte: "These conflicts between princes, nation states and ideologies were primarily conflicts within western civilization" (Huntington 1993, 22).

Mit dem Ende des Ost-West Konflikts haben sich nach Huntington die Konflikte, wie auch das Zentrum der internationalen Politik, zu Interaktionen zwischen dem Westen und „nicht-westlichen“ Zivilisationen verlagert. Huntingtons Befürchtungen gehen dahin, dass der Westen durch Interaktionen zwischen nicht-westlichen Kulturen an Einfluss und Stärke verliert.

Heute, in der Welt nach dem Kalten Krieg, prägen gemäß Huntington Kultur und die Identität von Kulturen, auf höchster Ebene also die Identität von Kulturkreisen „die

Muster von Kohärenz, Desintegration und Konflikt" (Huntington 1998, 19). Mit anderen Worten beruhen die großen, politischen Machtblöcke nicht mehr auf politischen Ideologien und wirtschaftlichen Interessenslagen, sondern auf höchst allgemeinen kulturellen Abgrenzungskriterien, welche Huntington als „Zivilisationen“ bezeichnet (vgl. Riesebrodt 2001, 15).

Huntingtons Welt unterteilt sich in sieben oder acht Zivilisationen: eine sinische (konfuzianische), eine japanische, eine hinduistische, eine islamische, eine (christlich) orthodoxe, eine (christlich) westliche und eine lateinamerikanische. Zudem ist sich Huntington nicht sicher, ob den oben genannten nicht auch eine afrikanische Zivilisation zuzurechnen ist⁷.

Schon bei dieser Einteilung fällt auf, dass Huntington hauptsächlich das Kriterium der Religion zur Abgrenzung der Zivilisationen voneinander heranzieht, wobei der Buddhismus gar keine Zivilisation geprägt hat und das Judentum so gut wie gar nicht erwähnt wird. Gleichwohl zieht Huntington jedoch auch geographische anstatt religiöser Grenzen heran, wenn dies seiner These dienlich ist.

Huntington führt zwar die Religionen und die ihnen zugrunde liegenden Werte als Abgrenzungskriterien von Zivilisationen an, benennt aber nicht, worin deren jeweilige Besonderheiten und ihre Differenzen gegenüber anderen Zivilisationen, bestehen.

Welche Werte sind es, die eine sinische, japanische, hinduistische, islamische, orthodoxe, lateinamerikanische oder afrikanische Zivilisation prägen? Antworten auf diese Frage sind es, die man eigentlich erwarten sollen dürfte. Denn diese Werte – und die sich daraus ergebenden Differenzen – sind es, auf welche Huntington sich hauptsächlich in seinem Werk stützt.

Einzig allein der Westen erfährt durch Huntington eine genauere (und einzig positive) Definition. Dem „Rest“ bleibt auch nur der Rest.

⁷ Wobei Huntington sich auf das subsaharische Afrika bezieht und Südafrika dann die zentrale Rolle eines Kernstaates zukommen würde.

Kultur und Zivilisation

Das Fundament von Huntingtons Werk „The clash of civilizations?“ basiert auf einer Welt aus verschiedenen Kulturen.

Die Begriffe „Zivilisation“ und „Kultur“⁸ werden von Huntington als Gegensatz zu dem Begriff „Ideologie“ verstanden. „Zivilisation“ (auch Kultur, da er diese Begriffe oft beliebig als Synonym verwendet) definiert Huntington wie folgt:

„A civilization is a cultural entity. [...] A civilization is thus highest cultural grouping of people and the broadest level of cultural identity people have short of that which distinguishes humans from other species. It is defined both by common objective elements, such as language, history, religions, customs, institutions, and by the subjective selfidentification of people. [...] Civilizations are nonetheless meaningful entities, and while the lines between them are seldom sharp, they are real. Civilizations are dynamic; they rise and fall; they divide and merge [...] Civilizations are differentiated from each other by history, language, culture, tradition, and most important, religion“ (1993, 23).

Die Natur einer Zivilisation beschreibt Huntington anhand des in seinem Werk innewohnenden kulturalistischen Determinismus („a cultural entity“).

⁸ Ursprünglich wurden die Grundlagen des Kulturbegriffs im antiken Rom gelegt. Hier erreichte der Begriff bereits seinen modernen Bedeutungsumfang. Etymologisch abgeleitet lässt sich der Begriff auf das Wort „colere“ zurückführen, welches in seiner Grundbedeutung „sich bewegen“ oder „sich befinden“ ausdrückt und gewinnt dann rasch zwei Hauptbedeutungen, nämlich „wohnen“, „sich aufhalten“ sowie „pflegen“, „bebauen“. Die Ausdrücke „cultus“ und „cultura“ bezogen sich hier ausschließlich auf den letztgenannten Bereich. Der Ausgangspunkt des Begriffs liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit im Landwirtschaftlichen (Pflege und Bebauung der Felder, Sorge um die Nutz- und Haustiere; also im Grunde war er eine Bezeichnung für all jene Dinge, womit der Lebensunterhalt der Menschen der Natur abgetrotzt wurde).

Von dort aus wurde der Begriff dann in andere Bereiche übertragen. Während er zunächst nur die Pflege des Menschen, also Erziehung, Kleidung, Ausbildung individueller Fähigkeiten etc., erfasste, erreichte er später auch abstraktere Dinge, wie die Pflege von Tugenden, Wissenschaften und Künsten und später auch die „übernatürlichen Dinge, wie Religion und die Verehrung von Göttern“ (vgl. Imbusch 2005, 55).

Ethnische Gruppen, Regionen, Nationalitäten, religiöse Gruppen, etc. haben nach Huntington alle unterschiedliche Kulturen, welche aber „naturgemäß der kulturellen Heterogenität innewohnen“ (vgl. Çağlar 2000, 19).

Daher sind Zivilisationen nach Huntingtons Definition die größten kulturellen Einheiten, denen Menschen zugeordnet werden können. Darunter existieren Subzivilisationen.

Huntington definiert den Begriff „Zivilisation“ durch „objektive“ Elemente, wie Geschichte, Sprache, Religionen und Institutionen und zieht diese Kriterien zur Abgrenzung von Zivilisationen heran, ohne die oben angeführten Begriffe weiter zu problematisieren.

Religion streicht er dabei als das wichtigste Element heraus: „In the modern world, religion is a central, perhaps the central force.“(Huntington 1993, 24).

Daraus ist gut ersichtlich, dass Huntingtons Zivilisationsbegriff hauptsächlich auf kulturell-religiösen Gemeinsamkeiten und (viel mehr) auf Gegensätzen basiert, auf eine eingehendere Definition gerade jener, verzichtet er jedoch.

Auch wohnt den Zivilisationen ein Zivilisationsbewusstsein inne, dessen Ausprägung Huntington durch die zunehmenden Interaktionen zwischen den Zivilisationen (und der „immer kleiner werdenden Welt“) verstärkt wird.

Die brisanteste Aussage Huntingtons in diesem Zusammenhang ist, dass Zivilisationen real sind und wie jedes andere natürliche Lebewesen einen Anfang und ein Ende haben.

Hierin, indem er eine Zivilisation als eine Art „Mega-Lebewesen“ aufzufassen scheint, offenbart sich ein neodarwinistisches Denken Huntingtons, vor allem wenn man erkennt, dass Huntington Zivilisationen mit Merkmalen biologischen Lebens versieht (vgl. Çağlar 2000, 23).

Die Zivilisationen (ausgenommen der westlichen, welcher allein Huntington die Errungenschaften der Moderne zuordnet, siehe dazu später) bestehen aus Kulturen, die sich durch Glauben, Blut und Verwandtschaftsaltruismus definieren, einen Anfang und ein Ende haben und Wachstum und Erosion unterliegen. So gesehen überträgt Huntington das darwinistische Modell biologischer Evolution mehr oder minder auf die Gesellschaftsgeschichte (vgl. Çağlar 2000, 23).

Samuel Huntington lehnt sich dabei an das geschichtszyklische Denken von (u. a.) Oswald Spengler und Arnold Toynbee an.

Huntington sieht zwar kulturell gelagerte Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Zivilisationen und erkennt an, dass die meisten Menschen in den unterschiedlichen Gesellschaften wohl ein ähnlich gelagertes sittliches Empfinden teilen, und ein (wenn auch dünner) Konsens darüber besteht, was „richtig“ und was „falsch“ ist. Jedoch geht menschliche Identität bei Huntington hauptsächlich auf deren Religionszugehörigkeit zurück, wie auch folgendes Zitat gut zum Ausdruck bringt:

„Bruchlinienkriege ⁹ finden [dagegen] fast immer zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen statt, da Religion das Hauptunterscheidungsmerkmal von Kulturen ist“ (1998, 413).

Die Revitalisierung von Religion und Kultur führt Huntington auf die Modernisierung und Globalisierung und die damit einhergehende „Verwestlichung“ zurück.

„Der naheliegenste, entscheidenste und stärkste Grund für den weltweiten Aufschwung der Religion ist genau derjenige, der eigentlich den Tod der Religion bewirken sollte: es ist die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Modernisierung, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die ganze Welt erfasst hat“ (Huntington 1998, 146).

In ihrer Kultur und Religion finden die Menschen, atomisiert in einer globalen Welt, wieder ein „zu Hause“.

⁹ Als „Bruchlinienkriege“ bezeichnet Huntington Kriege, die an den geographischen Grenzen zwischen den Kulturen entbrennen, z. B. zwischen Nachbarstaaten, welche unterschiedlichen Kulturen angehören (vgl. 1998, 332).

Identität

Nach Huntington versuchen Völker und Nationen heute, für sie nun – nach dem Wegfall der Blockkonfrontation - elementare Fragen zu beantworten: Die Fragen nach ihrer Herkunft, ihrer Identität. Und sie beantworten diese Frage auf traditionelle Weise, nämlich durch Rückbezug auf die Dinge, die ihnen am meisten bedeuten. Dazu zählt Huntington Herkunft, Religion, Sprache, Geschichte, Werte, Sitten und Gebräuche sowie Institutionen.

Identität konstituiert sich bei Huntington folglich über Differenz.

Ebenso identifizieren sich, nach Huntington, Menschen mit kulturellen Gruppen – Stämmen, ethnischen Gruppen, religiösen Gemeinschaften, Nationen – und, auf weitester Ebene, mit Kulturkreisen d.h. Zivilisationen. Zivilisationen bieten Sicherheit an, sie verleihen den Menschen welche in Folge von sozialem Wandel und moderner Ökonomisierung aus ihren traditionellen Lebenswelten herausgerissen wurden, Identität.

Durch den Rückbezug auf ihre Identität, welche Huntington im Weiteren holzschnittartig auf Religion und Kultur verkürzt, werden die wichtigsten menschlichen Gruppierungen, jene nach seiner Definition, sieben oder acht großen Kulturkreise der Welt sein.

Damit wird die Welt jedoch als ein Verbund von Religionen und daraus folgend, Zivilisationen verstanden. Zu Recht kritisiert Amartya Sen, dass unter diesem Blickwinkel sämtliche Bezugspunkte, welche Menschen auch an ihre Identität knüpfen, unterschlagen werden (vgl. Sen 2007, 8ff). Unterteilt man die Weltbevölkerung nach Zivilisationen oder Religionen, erhält man eine solitaristische Deutung der menschlichen Identität, wonach Menschen einer – und nur einer – Gruppe angehören. Dadurch wird jedoch auch ein „gemeinsames Menschsein“ in Frage gestellt (siehe ebenda).

Unbestritten ist der zentrale Begriff menschlicher Existenz – und zwar unabhängig von jedem Kulturkreis - „Identität“. Ebenso ist der Identitätsbegriff eng mit dem Kulturbegriff verwoben. Kultur bedarf Gesellschaft und Gesellschaft beruht auf menschlichen Individuen, welche in Sozialgefügen zusammenleben.

Jan Assmann beschreibt Identität als eine Sache des Bewusstseins, d. h. der Reflexion eines unbewussten Selbstbildes.

Dies gilt im individuellen wie im kollektiven Leben. "Person bin ich nur in dem Maße, wie ich mich als Person weiß, und ebenso ist eine Gruppe ‚Stamm‘, ‚Volk‘ oder ‚Nation‘ nur in dem Maße, wie sie sich in Rahmen solcher Begriffe versteht, vorstellt und darstellt" (Assmann 1997, 130).

Der Prozess der Sozialisation verläuft in kulturell vorgezeichneten Bahnen. Identität wird durch Sprache und Vorstellungswelt, Werte und Normen einer Kultur und Epoche in spezifischer Weise geformt und bestimmt.

Identität ist daher immer ein gesellschaftliches Konstrukt und als solches auch kulturelle Identität (vgl. ebenda).

Sie ist so stark oder schwach, wie sie im Bewusstsein der Gruppenmitglieder lebendig ist (auch unbewusst) und deren Denken und Handeln motiviert.

Identität ist nach Assmann also eine Frage der Identifikation seitens der beteiligten Individuen.

Kollektive Identität stellt reflexiv gewordene gesellschaftliche Zugehörigkeit dar, kulturelle Identität ist daher dementsprechend die reflexiv gewordene Teilhabe an, oder das Bekenntnis, zu einer Kultur.

Nach Assmann ist der Umgang mit Anderen zugleich ein Umgang mit uns selbst (vgl. Assmann 1998, 135).

George H. Mead nennt diesen Prozess „wechselseitige Spiegelung“ und bezeichnet damit die Ausbildung und Stabilisierung personaler Identität durch Identifikation sowohl mit dem „signifikanten Anderen“ als auch mit dem Bild, das diese von einem selbst zurückwerfen (in Assmann 1998, 135f).

In Bezug auf interkulturelle Begegnungen wird das eigene Selbstbild nicht nur unmittelbar bewusst, es wird auch in Frage gestellt.

Fremderfahrung dient damit auch der Entfaltung und Erweiterung der eigenen Fähigkeiten.

Huntingtons Thesen stehen dazu im krassen Gegensatz, die Begegnung mit dem „Anderen“ wird darin als persönliche Bedrohung erfahren.

Feindbild Islam

Eine besondere Rolle spricht Huntington in seinem Werk dem Islam zu – und zwar (in Anlehnung an Carl Schmitts Freund-Feind Schema) jene, der größten Bedrohung für die westliche Welt.

Worin das „Islamische“ genau besteht, erwähnt er allerdings nicht.

Was Huntington aber nicht davon abhält, den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zu kritisieren, als dieser die Meinung vertritt, der Westen habe zwar ein Problem mit dem militanten islamischen Fundamentalismus, nicht hingegen aber mit dem Islam selbst (vgl. Riesebrodt 2001, 18).

Immerhin, so Huntington, „lehrt“ die Geschichte etwas anderes: „Solange der Islam der Islam ist und der Westen der Westen bleibt, wird dieser fundamentale Konflikt zwischen zwei großen Kulturkreisen und Lebensformen ihre Beziehungen zueinander weiterhin und auch in Zukunft definieren, so wie er sie 1400 Jahre definiert hat“ (Riesebrodt 2001, 18).

Huntington unterschlägt und verzerrt damit kurzerhand historische Fakten, da die Geschichte des Islam und seine Beziehung zum Westen weit differenzierter gesehen werden muss, als diese allein an einem „fundamentalen Konflikt“ festzumachen.

Huntington konstatiert, dass der Islam einen Zivilisationskrieg an vier Fronten führe: An seiner westlichen Grenze steht die Konfrontation mit dem Westen, an seiner südlichen Grenze eine mit dem südlichen Afrika, an der nördlichen Grenze gebe es Auseinandersetzungen mit den orthodoxen Christen und an der östlichen Grenze tobe der historische Konflikt zwischen Muslimen und Hindus. Dies bringt Huntington zu der (für ihn hinreichend belegten Annahme), dass der Islam „blutige Grenzen“ habe (vgl. Huntington 1998, 421).

Huntington versucht die „historische Gewaltbereitschaft“ des Islams gegenüber dem Westen und anderen nichtmuslimischen Gruppen mit folgenden Argumenten zu untermauern: „Wohin man im Umkreis des Islam blickt: Muslime haben Probleme damit, mit ihren Nachbarn friedlich zusammenzuleben (1998, 418).

Diese „ausgeprägte Gewalt“ die (nach Huntington) dem „Wesen“ des Islam innewohnt, macht Huntington an dem „Grad der Militarisierung vom muslimischen Gesellschaften“ fest (1998, 421).

Huntington „vergisst“ dabei zu erwähnen, „dass die Kriege innerhalb Europas bisher häufiger und blutiger waren, als die Kriege zwischen dem Islam und dem Westen“ kritisiert Çağlar (2002, 22).

Huntington konstatiert, dass der Koran den Muslimen den Krieg gegen die Ungläubigen gebietet und „nur wenige Gewaltverbote [enthält], und die Vorstellung der Gewaltfreiheit ist muslimischer Lehre und Praxis fremd“ (1998, 431).

Deshalb sind für Huntington muslimische Kriegslust und Gewaltbereitschaft Ende des 20. Jahrhunderts eine Tatsache, die weder Muslime noch Nichtmuslime leugnen können (1998, 422).

Weiters bezeichnet Huntington den Islam als absolutistische Religion – „er [der Islam] verschmilzt Religion und Politik und zieht einen klaren Trennungsstrich zwischen den Menschen im *Dar al-Islam* und denen im *Dar al-harb*“ (1998, 431).

Demnach haben Anhänger anderer Religionen weniger Schwierigkeiten sich aufeinander einzustellen und miteinander zu leben, als sich Schwierigkeiten ergeben, sich auf Muslime einzustellen und mit ihnen zu leben. (siehe ebenda).

Als eine der größten Bedrohungen für die westliche Zivilisation sieht Huntington das rapide Bevölkerungswachstum in anderen Kulturen, ausgerechnet dem „feindlich“ gesinnten Islam wird die größte Zuwachsrate prognostiziert (siehe dazu folgende Abbildung).

Anm.: Schätzungen der relativen Weltbevölkerung anhand der im Stichjahr gültigen Staatsgrenzen. Bevölkerungsschätzungen für 1995 bis 2025 unter Zugrundelegung der Grenzen von 1994.

Zivilisation Jahr (Welt gesamt)	westlich	afrikanisch	sinisch	hinduistisch	islamisch	japanisch	latein- amerikanisch	orthodox	andere
1900 (1,6)	44,3	0,4	19,3	0,3	4,2	3,5	3,2	8,5	16,3
1920 (1,9)	48,1	0,7	17,3	0,3	2,4	4,1	4,6	13,9	8,6
1971 (3,7)	14,4	5,6	22,8	15,2	13,0	2,8	8,4	10,0	5,5
1990 (5,3)	14,7	8,2	24,3	16,3	13,4	2,3	9,2	6,5	5,1
1995 (5,8)	13,1	9,5	24,0	16,4	15,9*	2,2	9,3	6,1**	3,5
2010 (7,2)	11,5	11,7	22,3	17,1	17,9*	1,8	10,3	5,4**	2,0
2025 (8,5)	10,1	14,4	21,0	16,9	19,2*	1,5	9,2	4,9**	2,8

*Ohne Muslime in der GUS und in Bosnien.

**Einschließlich GUS, Georgien und früherem Jugoslawien.

(Schätzung der Weltbevölkerung in Milliarden)

Quellen: Vereinte Nationen, Abt. Bevölkerung, Dep. für Wirtschafts- und Sozial-information: *World Population Prospects, The 1992 Revision* (New York 1993); *Statesman's Year-Book* (New York 1901 – 1927); *World Almanac and Book of Facts* (New York 1970 – 1993).

Tabelle 1 - Anteil der Weltbevölkerung unter der politischen Kontrolle von Zivilisationen, 1900- 2025. Quelle: Samuel Huntington 1998, 124.

Und da Huntington den Islam gewissermaßen als „natürlichen“ Feind des Westens (ganz besonders dem der USA) betrachtet, lässt sich in seinem Werk auch gut erkennen, dass von ihm gewünschte Bündnis der westliche Subzivilisationen, zur Stärkung vor allem der USA gedacht ist (auch wenn Huntington dies nicht so ausdrückt).

Der Westen

Huntington definiert fast alle Zivilisationen durch ihre Religionen. Mit Ausnahme des Westens – diesen definiert er durch „westliche“ Ideen. Durch „individualism, liberalism, constitutionalism, human rights, equality, liberty, the rule of law, democracy, free markets, the separation of church and state“. (1993, 40).

Çağlar polemisiert, dass dies zur Folge haben müsste, dass damit die Menschheit außerhalb des „Westens“ (Westeuropa und Nordamerika) sich entweder westlich zu verhalten hat, um damit in den Genuss dieser Ideen zu kommen, oder sie tut das nicht und muss daher zwangsläufig gegen diese Werte opponieren (vgl. Çağlar 2002, 23).

Huntingtons dichotomisches Weltbild kommt durch das obige Zitat gut zum Ausdruck. Alle hohen Werte werden dem Westen zugeordnet, dem Rest, den Anderen, hauptsächlich Familie, Blut und Glauben.

Stolz, und mit dem Anspruch des Alleinbesitzes der Modernität und der dazugehörigen Werte, verlagert Huntington das Vor-Moderne in das „Andere“, auch deshalb, weil er in diesem eine gewisse Bedrohlichkeit gegen die Werte des Westens zu sehen glaubt (vgl. Çağlar 2002, 20).

Huntington konstatiert zwei Ursachen für den Zusammenprall zwischen dem Westen und dem Rest. Die erste wähnt er als ökonomische, militärische und institutionelle Interessensdurchsetzung. Die zweite, und wichtigere Ursache, seien Differenzen zwischen den Kulturen.

Noch ist gemäß Huntington der Westen relativ gesichert, aber die Macht der westlichen Zivilisation erodiert (auch Dank der ihr innewohnenden Dekadenz).

Dieser Umstand und eine mögliche Verbindung von Islamischer und Konfuzianischer Welt (wobei Huntington nicht erklärt, was ausgerechnet diese beiden Kulturen miteinander verbinden sollte), wären für den Westen ungemein gefährlich.

Die soeben angeführte mögliche Verbindung steht hier auch repräsentativ für den „Rest“ und ist für Huntington ein alarmierendes Beispiel für die Kooperation des „Rests“ untereinander.

Die Aufmerksamkeit des Westens muss daher auf Staaten gerichtet sein, die dem Westen feindlich gegenüberstehen.

Ebenso bedarf es einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Subzivilisationen des Westens – Amerika und Westeuropa – und die Bindung von Lateinamerika und Osteuropa an jene.

Dies drückt Huntington so aus: „Die Völker des Westens müssen sich aneinanderhängen – oder sie werden getrennt aufgehängt (Der Spiegel 48/96, 185).

Am wichtigsten, und auch die langfristigste unter den vorgeschlagenen Maßnahmen, ist die wirtschaftliche und militärische Aufrüstung der westlichen Welt, um ihre Interessen in Bezug auf feindlich gesinnte Nationen zu wahren.

Würden die USA und Europa ihre moralischen Grundlagen erneuern und politisch wie wirtschaftlich enger zusammenarbeiten, „könnten sie eine [...] euroamerikanische Phase des wirtschaftlichen Wohlstandes und politischen Einflusses stiften (Huntington 1998, 507).

Denn der Westen müsse sich dessen bewusst sein, der nächste Weltkrieg wird ein Krieg zwischen Zivilisationen sein (vgl. Huntington 1998, 39).

Diskussion der Thesen Huntingtons

Im alltäglichen Leben begreifen sich die Menschen als Mitglieder einer Vielzahl von Gruppen. Eine Person kann widerspruchsfrei (und damit läuft auch Huntington konform 1998, 54) amerikanische Bürgerin von karibischer Herkunft mit afrikanischen Vorfahren, Christin, Liberale, Frau, Vegetarierin, Feministin, Umweltschützerin, Heterosexuelle, Historikerin, Jazzmusikerin und Mutter sein (vgl. Sen 2007, 8).

Jede dieser Gruppen, denen allen diese Person angehört, vermittelt ihr eine bestimmte Identität. Keine dieser Gruppen kann und darf jedoch als die einzige Identitäts- oder Zugehörigkeits-Kategorie angesehen werden. Amartya Sen spricht in diesem Sinne von der „pluralen“ Identität des Menschen.

Im Gegensatz zu Huntington, welcher die Kulturkreise (die er mal durch Religion, mal durch willkürlich gezogene geographische Grenzen voneinander abgrenzt), als nachdrücklichste Identifikationsebene des einzelnen Individuums sieht (vgl. Huntington 1998, 54), ist es bei Sen notwendig, sich jeweils im gegebenen Kontext zu entscheiden, welche Bedeutung man den einzelnen Bindungen und Zugehörigkeiten beimisst. Damit wird es notwendig, eine Wahl zu treffen (vgl. Sen 2007, 45).

Für Sen beginnen die Schwierigkeiten mit der These vom „Kampf der Kulturen“ schon vor der Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Inhalt. Die Annahme, dass Kulturen tatsächlich miteinander kämpfen basiert auf dem festen Glauben (Huntingtons), dass die Menschheit in ausgeprägte und klar voneinander abgrenzbare Kulturen unterteilt werden kann. Durch diese Reduktion geht für Sen jedoch das Ausmaß der Verschiedenheit innerhalb der jeweiligen Kulturen verloren und auch die geistigen und materiellen Interaktionen der vergangenen Jahrtausende – welche nicht vor regionalen Grenzen zwischen Kulturen halt machten – werden damit ignoriert (2007, 26).¹⁰

Sen führt hier an (2007, 63 ff), dass sich die „westliche“ Wissenschaft auf das Erbe mehrerer Kulturen stützt. Das Dezimalsystem, welches in den ersten Jahrhunderten des ersten Jahrtausends in Indien entwickelt wurde, gelangte gegen Ende des ersten Jahrtausends durch die Araber nach Europa.

¹⁰ Leider wird dieser eingegrenzte Kulturbegriff nicht nur für die Theorie eines Kampes der Kulturen herangezogen, sondern auch für Bemühungen wie der, einen „Dialog der Kulturen“ zu forcieren.

Auch die Demokratie, ein vielbeschworenes westliches Produkt, hat, in Gestalt von öffentlicher Partizipation und Beratung, Vorläufer in der ganzen Welt. Viele westliche Klassiker (im speziellen aus dem alten Griechenland) konnten erst durch arabische Übersetzungen erhalten bleiben. Ähnlich verhält es sich bei der Religionsfreiheit. Schon im dritten Jahrhundert v. Christi trat der indische Kaiser Aschoka (vgl. ebenda) für religiöse und sonstige Toleranz (den Begriff „Toleranz“¹¹ hat Aschoka, im Gegensatz zu Armatya Sen nicht verwendet) ein: „die Sekten anderer verdienen alle aus dem einen oder anderen Grund Ehrerbietung“. 1590 äußerte sich ebenfalls ein indischer Kaiser ganz ähnlich: „Niemand soll wegen seiner Religion beeinträchtigt werden, und es ist jedermann gestattet, zu der Religion zu wechseln, die ihm gefällt“. In weiten Teilen Europas wütete zu dieser Zeit noch die Inquisition, Ketzer wurden auf dem Scheiterhaufen verbrannt (vgl. Sen 2007, 63).

In eine ähnliche Richtung wie Samuel Huntington (in Bezug auf die Macht von Religionen) geht auch der Politikwissenschaftler Wilfried Röhrich. Er konstatiert ebenfalls, dass die Weltpolitik zunehmend von Glaubenskonflikten bestimmt wird. Wie Huntington beruft er sich dabei auch auf die die großen Weltreligionen, wie den Islam, das Christentum, den Hinduismus, das Judentum, den Buddhismus und den Konfuzianismus.

Röhrich plädiert dafür, die Macht der Religionen nicht als Gegebenheit hinzunehmen, sondern, da auch er diese als potentiellen Konfliktherd betrachtet, die Macht der Religionen einer genauen Analyse zu unterziehen. Durch diese Analyse ergebe sich durchaus die realpolitische Perspektive eines interreligiösen Dialogs und einer friedlichen Koexistenz der Weltreligionen.

Damit tappt Röhrich jedoch genau in die gleiche Falle der Beschränkung eines religions- und kulturbezogenen Denkens, wie dies auch die Anhänger der Theorie eines Kampfes der Kulturen tun. Denn auch durch das Bemühen um Freundschaft zwischen den Religionen (und der nach Röhrich damit einhergehenden Sicherung des Weltfriedens) werden die Menschen auf eine einzige Dimension ihrer mannigfaltigen Identitäten reduziert (siehe auch Sen, plurale Identität, 2007).

¹¹ Respekt wäre hier der bessere Begriff: Toleranz impliziert Großzügigkeit, ausgehend von einer Position, die sich über anderes erhebt.

Für Röhricht dokumentiert sich die Macht der Religionen in jüngster Zeit auch im religiös fanatisierten Terrorismus, das Beispiel der Anschläge in New York und Washington am 11. September 2001 veranschaulicht für den Politologen die islamische Herausforderung der westlichen Zivilisation (vgl. Röhricht 2004, 11).

Die geschichtsträchtigen Schlagwörter des Kreuzzugs und des Djihads in ihrer historisch-kriegerischen Version haben für Röhricht eine Revitalisierung erfahren.

Doch im Gegensatz zu Huntington sieht Röhricht Terroristen doch als sich zwar gläubig empfindende Menschen, aber auch, dass jene Menschen sämtliche „Prinzipien“ ihrer Religion missachten (vgl. Röhricht 2004, 12)

Die Macht der Religionen – insbesondere die des Christentums und die des Islams (Röhricht bezieht sich gerade auf diese beiden Religionen, da er jene in Bezug auf das abendländische Denk- und Wertesystem als die am verständlichsten Beispiele ansieht) manifestiert sich gut ersichtlich im Alltag. Die tiefen Wurzeln, die die beiden Religionen in ihren Ländern geschlagen haben zieht Röhricht u. a. zur Erklärung der Entstehung von Fundamentalismus und Terrorismus heran

Röhricht kritisiert auch, dass dieser religiöse Kontext für die Bush-Administration das Kriterium des Politischen darstellt, die Unterscheidung von Gut und Böse, eine religiöse Unterscheidung ist, die das politische Freund-Feind Denken noch verstärkt.

In eine ähnliche Richtung analysiert auch Martin Riesebrodt Huntingtons Verständnis von Politik, auch der Religionssoziologe sieht Huntingtons Zivilisationsszenario weitgehend Carl Schmitts „Freund-Feind-Verhältnis“ entlehnt (vgl. Riesebrodt 2001, 21).

Damit bezieht er sich darauf, dass Huntington die Zivilisationen auch als Solidargemeinschaften sieht, welche sich aufgrund ihrer religiös-kulturellen Gemeinsamkeiten gegenüber anderen in einer Art Feindschaftsbeziehung wieder finden. Huntington schreibt: „Hassen ist menschlich. Die Menschen brauchen Feinde zu ihrer Selbstdefinition und Motivation [...]. Die Menschen entdecken heute neue, aber oft eigentlich alte Identitäten und marschieren hinter neuen, aber eigentlich alten Fahnen im Krieg mit neuen, aber eigentlich alten Feinden“ (vgl. Huntington 1998, 202).

Da moderne Konflikte aber ohne Berücksichtigung aktueller Ereignisse nicht angemessen zu verstehen sind, passiert das, was so angesehenen Wissenschaftlern

wie Huntington, eigentlich nicht „passieren“ dürfte. Aktuelle Konflikte werden in die „Vergangenheit verlegt“ und durch Gegebenheiten von gestern für heute analysiert.

Sen sieht in der kulturellen Betrachtung aktueller Konflikte eine hohe geistige Barriere, welche verhindert, dass man sich eingehender über die allgemeinen politischen Bedingungen informiert und stattdessen, die aktuellen Vorgänge in ihrer derzeitigen Dynamik untersucht (vgl. Sen 2007, 56/57).

Er erkennt zwar an, dass der Kultur-Ansatz großen Anklang findet in einer Welt, die als so alltäglich und profan empfunden wird, da dieser Ansatz eine Fülle an Geschichte und damit auch scheinbarer Tiefgründigkeit mit sich bringt.

Aber, so Sen, gerade diese „kultivierte“ Theorie, kann schlicht Intoleranz fördern (2007, 58).

Auch Martin Riesebrodt sieht eine Gefahr darin, dass Huntingtons „Zivilisationsmythos“ eine Art von ursprünglicher kultureller Homogenität nach innen suggeriert und damit, in Bezug auf die kulturellen Vielfältigkeiten dieser Welt, ein Isolationismus – welcher schnell zu Expansion und Krieg umschlagen könnte, vorangetrieben wird (vgl. 2001, 16).

„Mythen [und als solche sieht er Huntingtons Werk an] sind und bleiben gefährlich, zumal, wenn sie von einem so angesehenen Politologen erzählt werden und eine so enorme Verbreitung finden“ (Riesebrodt 2001, 16).

Der Philosoph und Soziologe Pierre Bourdieu konstatiert in Bezug auf gesellschaftstheoretische Fragen dass, gesellschaftliches Handeln „einen Unterschied erzeugen, wo keiner existierte“ und „soziale Magie kann Menschen dadurch verändern, dass sie ihnen sagt, sie seien anders“ (vgl. ebenda).

Samuel Huntingtons „The Clash of Civilizations?“ impliziert vieles: Seine beinahe schon paranoid anmutende Angst um den Verlust der Vormachtstellung und der Erosion des Westens, die Verzerrung historischer Fakten, besonders in Bezug auf das Christentum und den Islam, einen latenten Rassismus, auch wenn er diesen am Ende seines Werks zu entschärfen versucht und vor allem die seinem Werk inhärente Suggestion, dass die Welt nur durch das Festhalten an westlichen Werten „gerettet“ werden kann.

Die Tragödie, wenn man so will, daran ist, dass „The Clash of Civilizations?“ für den Laien scheinbar historisch so fundiert belegt ist, dass die Versuchung diese Thesen leichtgläubig zu übernehmen und weiterzugeben schon impliziert ist.

Damit könnte (nach Riesebrodt 2001, 15) mit „The Clash of Civilizations?“ eine „self-fulfilling-prophecy“ schon herbeigeschrieben worden sein.

Während „The Clash of Civilizations?“ Huntingtons sehr subjektiv und auch so belegt ist, werden die folgenden Kapitel ein völlig anderes, zwar auch zum Teil prognostisches, dafür aber objektiv belegbares Szenario behandeln.

In der Gegenüberstellung der beiden für diese Arbeit gewählten Konzepte, soll es am Ende laut der vorangestellten Hypothese gelingen, den „Kulturkampf“ als Konfliktform der Zukunft auszuschließen und zu belegen, dass es umweltpolitische Faktoren sein werden, die potentiell konfliktträchtiger sind, als es andere, wie auch immer geartete Konfliktkonstellationen sein könnten.

Klimawandel und Ressourcenknappheit

Im Gegensatz zu Huntingtons Zukunftsszenario des „Kampfs der Kulturen“, wird in den folgenden Kapiteln ein dazu völlig konträres Konzept vorgestellt. Die Theorien von „Klimawandel und Ressourcenknappheit“ implizieren ebenfalls ein beträchtliches Sicherheitsrisiko für den globalen Frieden.

Ressourcenknappheit, Klimawandel, Umweltdegradation und ein (un)verantwortliches Handeln der Menschen in Bezug auf die Ausbeutung des Planeten bedingen sich hier gegenseitig. Diese Faktoren werden den zweiten Teil dieser Arbeit dominieren.

In der Gegenüberstellung zu Huntingtons vorhin behandelten Konzepts werden sich hier sehr wohl Konflikte zwischen „Armen und Reichen“ und Nationen - unabhängig von ihrer kulturellen Zugehörigkeit - ergeben. Ressourcenknappheit, Umweltdegradation und Klimawandel betreffen die gesamte Weltbevölkerung. Die daraus entstehenden Konfliktkonstellationen werden dies ebenfalls tun.

Wie bei Huntington kann jedoch auch hier (noch) nur prognostisch gedacht werden. Aber im Gegensatz zu den von Huntington aus ihrem Kontext herausgelöst und sehr subjektiv interpretierten Quellen, können hier die quantitativ und qualitativ gewonnenen Daten auch empirisch belegt werden.

Im folgenden Teil der Arbeit wird zu Beginn ein Überblick über die wichtigsten Forschungsansätze zum Bereich „Umwelt und Konflikt“ geleistet (wenn dies auch nicht vollständig gelingen kann) die verschiedenen Grafiken zu den Forschungsergebnissen verdeutlichen dazu, welche Erdteile in der Vergangenheit und derzeit am meisten von Ressourcenknappheit und Umweltdegradation betroffen sind. Ebenso wird in diesem Teil des Kapitels untersucht, wie prägnant die Zusammenhänge von Ressourcenknappheit und Klimawandel im Hinblick auf die Ursachen der untersuchten Konflikte waren bzw. sind.

Anschließend werden, mit primärem Bezug auf die Risikoanalyse zum Klimawandel des WGBU (2007), prognostisch mögliche Konfliktkonstellationen im Hinblick auf Umweltdegradation, Klimawandel und Ressourcenknappheit angedacht.

Die danach vorgestellten sechs Thesen zu Umwelt, Sicherheit und Konflikt beleuchten die nationalen, internationalen und globalen sicherheitspolitischen Implikationen von Umweltkonflikten.

Die Behandlung neuer (umweltpolitischer) Herausforderungen für die Sicherheitspolitik und das anschließende Kapitel über mögliche Lösungen für die Zukunft sollen diesen zweiten Teil der Arbeit abrunden.

In einer Zusammenfassung wird versucht, Zusammenhänge und Unterschiede zwischen diesen beiden behandelten Konzepten zur Zukunft der Menschheit, herauszuarbeiten.

Dabei stellt sich dann abschließend die Frage, welches dieser Szenarien zur Zukunft der Menschheit am ehesten real werden könnte. Mittels einer Conclusio, soll es dann auch gelingen, die vorangestellte Hypothese zu verifizieren oder zu falsifizieren.

Forschungsansätze: Umwelt und Konflikt

Die Anfänge der wissenschaftlichen Erforschung von „Umweltkonflikten“ lassen sich bis in die frühen 1970er Jahre zurückverfolgen. Ernsthaft systematische Untersuchung über die kausalen Zusammenhänge von Umweltdegradation und Konflikteskalation begannen jedoch erst in den 1990er Jahren.

Im Zusammenhang mit der Relevanz umweltpolitischer Probleme haben sich in der internationalen Konfliktforschung besonders vier Gruppen etabliert:

- die Toronto-Gruppe um Homer Dixon
- die Zürich-Gruppe, welche aus dem Projekt „Environment and Conflicts Project“ (ENCOP) gegründet von Bächler und Spillmann, hervorging
- die Oslo-Gruppe um Gleditsch
- und die Irvine-Gruppe um Matthew

Die Ergebnisse der Untersuchungen der jeweiligen Forschungsgruppen werden hier im Folgenden behandelt. Damit sollen die Zusammenhänge zwischen Ressourcenknappheit und Umweltdegradation in den von diesen Forschungsgruppen untersuchten Konflikten aufgezeigt werden.

Die Toronto Gruppe entwickelte und befasste sich mit drei Forschungsprojekten. Dem „Project on Environment and Acute Conflict“, dem „Project on Environmental Population and Security“ und dem „Project on Environmental Scarcities, State Capacity and Security“ und hat es sich zur Aufgabe gemacht zu untersuchen, ob und wie umweltbedingter Stress innerhalb sowie zwischen Staaten, akute Konflikte hervorrufen kann (vgl. WGBU 2007, 26ff).

Dazu führte die Toronto-Gruppe qualitative Fallstudien in jenen Entwicklungsländern durch, in welchen sie einen engen Zusammenhang zwischen akuten Konflikten und Umweltstress vermutete. Ihr Hauptaugenmerk lag dabei auf Umweltproblemen, welche auf mangelnde erneuerbare Ressourcen und Umweltdienstleistungen zurückzuführen sind. Sechs Typen von Umweltveränderungen beschäftigten die

Forscher besonders: Klimawandel, Abbau der stratosphärischen Ozonschicht, Degradation von Agrarland, Entwaldung, Degradation von Wasservorräten sowie Erschöpfung von Fischbeständen (vgl. ebenda).

Zwei besonders häufige auftretende Konfliktmuster, welche sich aus den Wechselwirkungen von Ressourcenknappheit und sozialen und wirtschaftlichen Problem ergeben können, wurden hierbei von der Torontogruppe identifiziert.

Beim ersten Konfliktmuster handelt es sich um eine Aneignung von Ressourcen, wenn in einem Staat geringe Ressourcen durch eine mächtige Bevölkerungsgruppe deren Verteilung zu ihren Gunsten beeinflusst.

Im zweiten Muster kommt es zu ökologischer Marginalisierung, wenn ungleiche Verteilung und Bevölkerungswachstum zu Abwanderungen in fragile ökologische Gebiete führt. Dies kann Umweltdegradation, verschärften Mangel an Ressourcen und Verarmung mit sich führen.

Beide Muster ermöglichen zwei Typen von innerstaatlichen Konflikten.

Wenn Ressourcenknappheit zu umfangreicher Migration führt, kann dies, durch die unterschiedlichen Gruppenidentitäten der Migranten und Einheimischen zu Konflikten führen (siehe dazu später auch Eberwein/Chojnacki 2001).

Bürgerkriege und Aufstände im innerstaatlichen Bereich können zudem ausbrechen, wenn Ressourcenknappheit und eine vorhergehende Umeltdegradation zu wirtschaftlichem Niedergang führt und damit zentrale soziale und staatliche Institutionen geschwächt werden.

Ein direkter Zusammenhang zwischen gewalttätigen Eskalationen von Konflikten und Ressourcenknappheit konnte in den Untersuchungen um die Gruppe von Homer-Dixon nicht nachgewiesen werden.

Die Studien der Toronto-Gruppe haben jedoch gezeigt, dass bei umweltbedingte Ressourcenknappheit im Zusammenhang mit sozialen, politischen und ökonomischen Faktoren durchaus zu konfliktträchtiger Destabilisierung von Gesellschaften und Staaten führen kann. Ebenso konnte festgestellt werden, dass Verknappung und Zerstörung von Umweltressourcen in vielen Entwicklungsländern zur Dynamik von gewaltsamen Konflikten beigetragen haben (vgl. WGBU 2007, 27).

Es gelang der Toronto-Gruppe nachzuweisen, dass die Eskalationsgefahr bei innerstaatlichen Konflikten höher war, wenn es um die Knappheit innerstaatlicher Ressourcen ging (Fischbestände, Wälder, Wasser und Agrarland), als in Bezug auf Klimawandel oder Ozonabbau (siehe ebenda).

Ein Zusammenhang zwischen Ressourcenknappheit und zwischenstaatlichen Konflikten (eine Ausnahme stellen hier Konflikte um Wasser dar) konnte jedoch nicht belegt werden.

Die Zürich-Gruppe um Bächler und Spillmann legte 1995 einen Abschlussbericht vor, welcher ebenfalls auf qualitativen Fallstudien basiert. Das ENCOP-Projekt untersuchte dazu Entwicklungsländer, in welchen sowohl bewaffnete Konflikte als auch Umweltprobleme beobachtet wurden.

Ziel des ENCOP war die Erstellung einer Konflikttypologie, welche die Art der Umweltdegradation mit den sozioökonomischen Folgen und den betroffenen Konfliktparteien verknüpft (siehe dazu unten).

Die zugrunde liegende Annahme des ENCOP war, dass vorhandenes sozioökonomisches Konfliktpotential durch Umwelttransformation indirekt so verschärft wird, dass dies bis hin zu gewaltsamen Eskalationen führen kann.

Dieser Annahme nach, sind die untersuchten Konflikte in erster Linie sozial oder politisch motiviert aber keine umkehrbare Folge von Umweltveränderungen (vgl. Carus, Tänzler, Winterstein 2007, 2; siehe auch hier Eberwein/Chojnacki 2001, welche den wissenschaftlichen Diskurs zu Umwelt und Konflikt thesenhaft zusammengefasst haben).

Umweltbedingte Verschärfung von Konflikten ist in der Grundannahme des ENCOP ein Symptom der Modernisierungskrise, welche in vielen Staaten (Entwicklungsländern) mit dem Übergang von Subsistenzwirtschaft zu Marktwirtschaft einhergeht.

Analysiert wurden von ENCOP dazu 40 „Umweltkonflikte“ und basierend auf dieser Analyse konnten folgende Kategorien von Konflikten entwickelt werden: „Zentrum-Peripherie-Konflikte, ethnopolitisierte Konflikte, regionalisierte, grenzüberschreitende und demographisch verursachte Migrationskonflikte sowie internationale Wasserkonflikte und Fernwirkungskonflikte“ (WBGU 2007, 27).

Aus dieser analysebedingten Kategorienentwicklung geht hervor, dass letztendlich andere Kontextfaktoren als der Effekt der Ressourcendegradation entscheidend sind, ob konkurrierende Akteure eine friedliche oder gewaltsame Konfliktlösung suchen.

Der Mangel an gesellschaftlichen Konfliktregulierungsmechanismen, Gruppenidentitäten, die Organisation und Bewaffnung der Konfliktparteien, die Instrumentalisierung der Umweltdegradation für gruppenspezifische Interessen sowie die Überlagerung historischer Konflikte, zählen zu den wichtigsten sozioökonomischen Einflussfaktoren nach Erkenntnissen der Zürich-Gruppe, welche umweltbedingte Konflikte begünstigen (vgl. WBGU 2007, 28).

Aufbauend auf den Forschungsarbeiten des ENCOP, gründeten Spillmann und Bächler im Jahr 2001 das „National Centre of Competence in Research (NCCR) North-South. Dort wurde ein breit angelegtes Forschungsprogramm entwickelt, welches die Eingrenzung der Syndrome globalen Wandels zur Zielsetzung hat.

Die im Rahmen dieses Forschungsvorhabens insgesamt 30 definierten Einflussfaktoren wurden in fünf Kategorien eingeteilt (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2 - Kategorien von Einflussfaktoren der Syndrome des globalen Wandels, NCCR 2003. Quelle: Carius, Tänzler, Winterstein 2007, 6.

Wissenschaftlicher Rahmen	30 von NCCR definierte Kernprobleme
Politisch & Institutionell	<ul style="list-style-type: none"> 1. Schwache internationale geo- und verhandlungspolitische Position 2. Dominierende und umstrittene Weltanschauungen und ethische Werte 3. Widersprüchliche Politiken und schwache Institutionen auf verschiedenen Ebenen 4. Unangebrachte gesetzliche Rahmenbedingungen und Regelungen, Mangel an Durchsetzung und Mitteln 5. Erosion von traditionellen und/oder indigenen Institutionen 6. Regierungsversagen, nicht ausreichende Ermächtigung und Dezentralisierung 7. Ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen, Korruption
Sozio-kulturell & Ökonomisch	<ul style="list-style-type: none"> 8. Soziale, kulturelle und ethnische Spannungen und Unsicherheit 9. Vorherrschen von Kriminalität, Gewalt und Gewaltkonflikten 10. Nichtgenutzte oder beschränkte Innovationskapazitäten und Wissen 11. Große sozio-ökonomische und Genderdisparitäten 12. Inkompatibles und fragiles Wirtschaftssystem mit beschränkten Marktzugang und Beschäftigungsmöglichkeiten 13. Dominanz der globalen Wirtschaftsinteressen über der nationalen Entwicklung
Bevölkerung & Lebensraum	<ul style="list-style-type: none"> 14. Restriktionen der Menschenrechte und der individuellen Persönlichkeitsentfaltung 15. Unsicherheit der Lebensgrundlagen und Armut 16. Gesundheitsrisiken und Verwundbarkeit gegenüber Krankheitsanfälligkeiten 17. Bevölkerungsdruck und multidimensionale Migration 18. Unvorteilhafte Dynamiken und Unausgewogenheiten in soziodemographischen Strukturen
Infrastruktur, Dienstleistung & Landnutzung	<ul style="list-style-type: none"> 19. Schlechte Wasserversorgung und ökologisch sanitäre Anlagen 20. Mangel an adäquater Infrastruktur und Mangement (z. B. Transport, Energie und Irrigation)

Biophysikalisch & Ökologisch	21. Beschränkte oder unzureichende sozio-ökonomische Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Märkte
	22. Ungleich verteilter Zugang zu Informations- und Kommunikationsmitteln und Technologien
	23. Ungleiche Besitzverhältnisse und Zugang zu Land, natürlichen und gemeinschaftliche Ressourcen
	24. Unzureichende und konfliktfördernde Landnutzungssysteme und – technologien
	25. Unzureichender Zugang zu Trinkwasser
	26. Degradation von Land, Boden und Vegetation
	27. Degradation von Wald und anderer natürlicher Reichtümer
	28. Verschmutzung und Übernutzung von erneuerbaren und nichterneuerbaren natürlichen Ressourcen
	29. Schwinden der biologischen und agro-biologischen Diversität
	30. Gefahren der natürlichen und der von Menschenhand herbeigeführten Katastrophen und Klimawandel

Diese Kategorien ermöglichten dem NCCR Einflussfaktoren im Spannungsfeld zwischen Umwelt und gesellschaftlicher Entwicklung zu identifizieren, wobei diese ausführliche Kategorisierung verdeutlicht, dass sehr mannigfaltige Faktoren zu verschiedenen Konfliktkonstellationen führen können.

Die angeführten Kategorien des NCCR dienten in verschiedenen Fallstudien dazu, um Kernprobleme innerhalb einer Region annähernd gewichten zu können.

Der WGBU hat diese Kategorien zur Erstellung der weiter unten abgebildeten Weltkarten von Umweltkonflikten herangezogen.

Aus den kritischen Auseinandersetzungen mit den Studien aus Toronto und Zürich entwickelte das „International Peace Research Institute Oslo“ (PRIO) unter Gleditsch einen eigenständigen quantitativen Forschungsansatz.

Dieser Ansatz soll sowohl „der Überkomplexität der qualitativen Modelle als auch den Defiziten bei der Fallauswahl entgegenwirken, insbesondere der Tendenz, vor allem Länder mit akuten Ressourcenkonflikten zu untersuchen“ (Gleditsch 1998, in WBGU 2007, 28).

Haltbare Aussagen können nach der Gruppe um Gleditsch nur dann getroffen werden, wenn Fälle, in welchen Ressourcenkonflikte mit Gewalt ausgetragen werden auch mit jenen verglichen werden, wo eine gewaltsame Eskalation ausbleibt.

Damit sind auch andere Variablen (Politik, Ökonomie, Kultur) stärker zu gewichten, als dies bisher in Zürich und Toronto geschehen ist (vgl. WBGU 2007, 28).

Im Gegensatz zur Toronto-Gruppe, konstatieren die Forscher aus Oslo dass es, bei zunehmendem Bevölkerungsdruck im Zusammenhang mit Ressourcenknappheit, nicht wahrscheinlich ist, dass es tatsächlich zu gewaltsamen Konfrontationen kommt. Genau umgekehrt sei dies der Fall, bei einem Überfluss an Ressourcen ist die Wahrscheinlichkeit zur gewaltsamen Eskalation höher, da sich auch Rebellengruppen über die Ausbeutung natürlicher Ressourcen finanzieren.

Zwar bestätigen auch die Studien von Oslo einen Zusammenhang zwischen Umweltproblemen und bewaffneten Konflikten. Jedoch betont dieser Ansatz sehr viel stärker, dass Umweltstress nur eine von mehreren Variablen ist, welche zur Eskalation von Konflikten beitragen. Ökonomische und politische Faktoren bleiben aber maßgeblich um die Intensität solcher Konflikte zu erklären. Zudem ist es für die Oslo-Gruppe denkbar, dass „Umweltkonflikte“ letztendlich auf Entwicklungsprobleme zurückzuführen sind und daher stark mit Armut verknüpft sind.

An der Universität in Kalifornien in Irvine entstand am Center for Unconventional Security Affairs, unter der Leitung von Matthew, das „Global Environmental Change and Human Security Project“ (GECHS).

Das Konzept der Irvine-Gruppe geht von der menschlichen Sicherheit aus und erforscht die Auswirkungen von Umweltveränderungen auf Individuen und Gesellschaften.

Ihre Kritik an der bisherigen Umweltkonfliktforschung bezieht sich auf einen Mangel an qualitativen Zugängen zum Thema Umwelt und Konflikt.

Das GECHS konstatiert, dass es einer Erweiterung der Instrumente und Methoden, beispielsweise in Form interdisziplinärer Zusammenarbeit, den Einbezug der Konflikt- und Kooperationsforschung sowie Mikroanalysen bedarf, um die wesentlichen Zusammenhänge und Wirkungen besser verstehen zu können.

Zusätzlich, so kritisiert die Gruppe um Matthews, fehlt es ebenfalls an quantifizierbarer empirischer Forschung zur Relevanz des demographischen Faktors und der Frage, ob es nun eher Ressourcenüberfluss oder Ressourcenknappheit, die zu konfliktträchtigen Auseinandersetzungen führen und ob Umweltdegradation nicht sogar eher kooperationsfördernd statt konfliktverstärkend wirkt (vgl. WGBU 2007, 29) .

Die Umweltkonfliktforschung kann laut GECHS dann zu einer besseren Politikberatung beitragen, wenn sie Umweltschutzstrategien entwickelt die kooperationsfördernd wirken, indem sie umwelt- und entwicklungspolitische Ansätze integriert und die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von politischen Interventionen bewertet (vgl. ebenda).

In der deutschen Forschungslandschaft wurde die Debatte um die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs bezüglich Umwelt und Konflikt aufgegriffen und 1998 von Biermann, Petschel-Held und Rohloff (vgl. WGBU 2007, 29) der „syndromanalytische-konflikttheoretische“ Ansatz entwickelt.

Dieser Ansatz entstand aus einer Kombination des (unter der Führung des WGBU) am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK) entwickelten syndromanalytischen Ansatzes und dem Konflikt-Simulationsmodell-Modell (KOSIMO) des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung. Qualitative wie quantitative Methoden werden für diesen Ansatz herangezogen (vgl. WGBU 2007, 29).

Durch den syndromanalytischen-konflikttheoretischen Ansatz gelingt es dem WGBU 16 Syndrome globaler Umweltveränderungen zu identifizieren und in drei Gruppen zu unterteilen.

Diese erfassen spezifische dynamische Muster von Mensch-Umwelt-Interaktionen, die in ihrer Summe die Hauptprobleme des Globalen Wandels bezeichnen wie folgt (WGBU 2007, 30ff):

- „Gruppe Nutzung

Landwirtschaftliche Übernutzung marginaler Standorte verbunden mit ländlicher Armut: Sahel-Syndrom

Raubbau an natürlichen Ökosystemen: Raubbau-Syndrom

Umwelt- und Entwicklungsprobleme durch Aufgabe traditioneller Anbaumethoden: Landflucht-Syndrom

Umweltdegradation durch industrielle Landwirtschaft: Dust-Bowl-Syndrom

Umweltdegradation infolge Abbau nicht-erneuerbarer Ressourcen: Katanga-Syndrom

Schädigung von Naturräumen durch Tourismus: Massentourismus-Syndrom

Umweltzerstörung durch militärische Einflüsse: Verbrannte-Erde-Syndrom

- Gruppe Entwicklung

Umwelt- und Entwicklungsprobleme durch zentralistisch geplante

Großprojekte: Aralsee-Syndrom

Ökologische und gesellschaftliche Probleme infolge nicht angepasster

Agrarentwicklungspolitik: Grüne-Revolution-Syndrom

Vernachlässigung ökologischer Standards im Zuge eines hochdynamischen

Wirtschaftswachstums: Kleine-Tiger-Syndrom

Umweltdegradation und Verelendung durch unregelte Urbanisierung: Favela-Syndrom

Landschaftsschädigung durch die reguläre Expansion von Städten und Infrastrukturen: Suburbia-Syndrom

Umweltdesaster durch technisch-industrielle Unfälle: Havarie-Syndrom

- Gruppe Senken

Umweltdegradation durch weiträumige Verteilung zumeist langlebiger

Wirkstoffe: Hoher-Schornstein-Syndrom

Umweltgefährdung durch Deponierung von Abfällen: Müllkippen-Syndrom

Langfristige ökologische Belastung im Umfeld von Industriestandorten:

Altlasten-Syndrom.

Verknüpft mit dem KOSIMO-Ansatz (siehe Tabelle 3) können diese Syndrome als Beispiele für potentiell konfliktträchtige Umweltsituationen mit vorliegenden empirischen Befunden korreliert werden.

Tabelle 3 - Kategorien der Konfliktklassifizierung der KOSIMO-Datenbank.

1. Territorien, Grenzen	2. Entkolonialisierung, nationale Unabhängigkeit
3. ethnische, religiöse oder regionale Autonomie	4. Ideologie
5. Systemkonflikt	6. nationaler Machtkonflikt
7. internationaler Machtkonflikt	8. Ressourcen

Quelle: Carius, Tänzler, Winterstein: Weltkarte von Umweltkonflikten: Ansätze zur Typologisierung (http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html#jg2007expertisen, 02.10.2008).

Mit dem syndromanalytisch-konflikttheoretischem Ansatz lässt sich die Konfliktträchtigkeit verschiedener Syndrome einschätzen. Im Gegensatz zu dem induktiven Ansatz der Zürich-Gruppe werden hier kritische Umweltsituationen unabhängig von Konflikten ermittelt und typisiert.

Der WGBU hält fest, dass daher auch Umweltsituationen mit in die Analysen einbezogen werden können, welche nicht zu Konflikten geführt haben und es damit

überhaupt erst möglich wird, plausible Aussagen über die Wahrscheinlichkeit umweltinduzierter¹² Konflikte zu treffen (vgl. WGBU 2007, 29).

Folgende Grafiken (Weltkarten) aus der Sonderexpertise von Carius, Tänzler, Winterstein (2007) zum „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ verdeutlichen die verschiedenen Konfliktkonstellationen in Bezug auf Ressourcenknappheit und Umweltkonflikte.

¹² Carius, Tänzler und Winterstein definieren umweltinduzierte Konflikte wie folgt: „[...] als Konflikte, die durch Zerstörung von erneuerbaren Ressourcen verschärft oder beschleunigt werden. Dabei wird Umweltzerstörung im Sinne eines von Menschen verursachten Umweltwandels verstanden. Der Begriff Zerstörung beinhaltet dabei negative Auswirkungen auf die menschliche Gesellschaft selbst und beschreibt damit den Kern dessen, was unter „umweltinduzierten Konflikten“ zu verstehen ist“ (2006, 14).

Weltkarte(n) zur Typologisierung bisheriger Umweltkonflikte

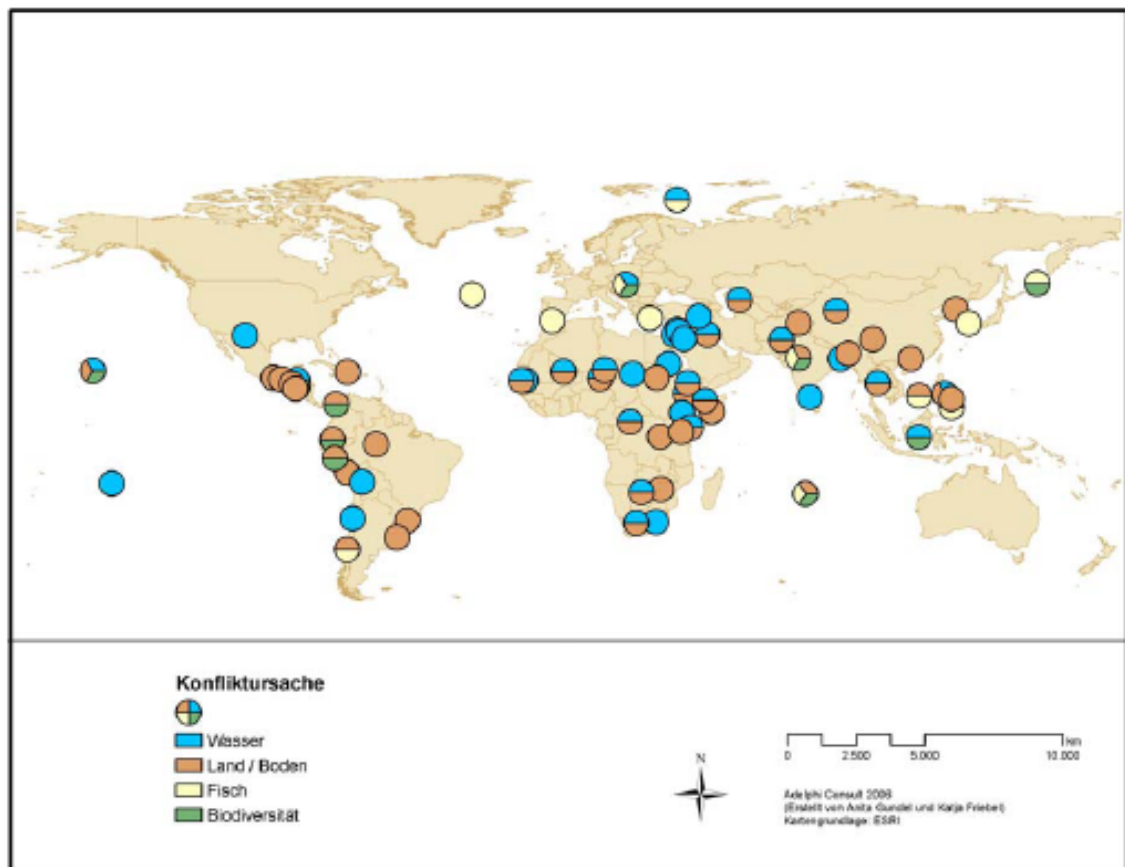
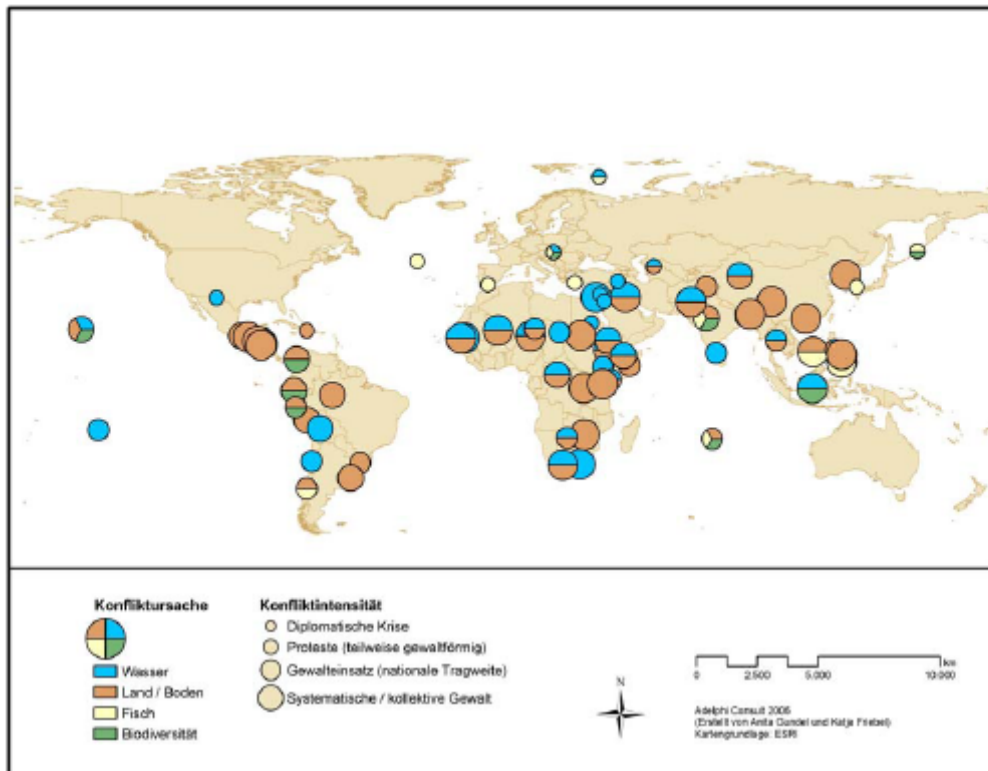


Abbildung 3 - Weltkarte von Umweltkonflikten. Die Weltkarte zeigt zum einen, welche natürlichen Ressourcen in den einzelnen Regionen eine Rolle in den dargestellten Konfliktfällen spielen. Zum anderen verweisen die Kreisgrößen auf die Konfliktintensität, die sich aus der Auswertung der Fallstudien ergeben hat. Quelle: Carius, Tänzler, Winterstein: Weltkarte von Umweltkonflikten: Ansätze zur Typologisierung. (http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html#jg2007expertisen, 02.10.2008).



Das Gleiche gilt für mögliche Ressourcenschwerpunkte. Diesbezüglich zeigt sich zumindest, dass Probleme der Bodendegradation und der Wasserknappheit offenkundig stark ineinander greifen. Hierzu ist zusätzlich anzumerken, dass bei der Visualisierung der Umweltkonflikte, Konstellationen, in denen Bodendegradation oder Landnutzungskonflikte auftreten, unter einer Kategorie zusammengefasst wurden. Auch Staudammprojekte, die mit Umsiedlungsmaßnahmen und Landbesitzverlusten einhergehen, wurden hier eingeordnet. Auch wenn diese Projekte im weiteren Verlauf relative Wasserknappheit nach sich ziehen können, so stellen sie in erster Linie Landnutzungskonflikte dar. Diese aus Infrastrukturprojekten resultierenden Konfliktlagen sind auch für zukünftige Konfliktkonstellationen von Relevanz, die durch den Klimawandel verstärkt werden. Die zunehmende Verknappung von fruchtbarem Land bei gleichzeitiger dynamischer Bevölkerungsentwicklung und sich steigerndem Umweltstress kann zu einer deutlichen Verschärfung von Konfliktkontexten führen. Für Ressourcen- wie Konfliktintensität gilt jedoch, dass sich regionale Muster eher über Regionalkarten identifizieren lassen.

Abbildung 4 – Übersicht über die Intensität von Umweltkonflikten. Quelle: Carius, Tänzler, Winterstein: Weltkarte von Umweltkonflikten: Ansätze zur Typologisierung.
(http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html#jg2007expertisen, 02.10.2008)

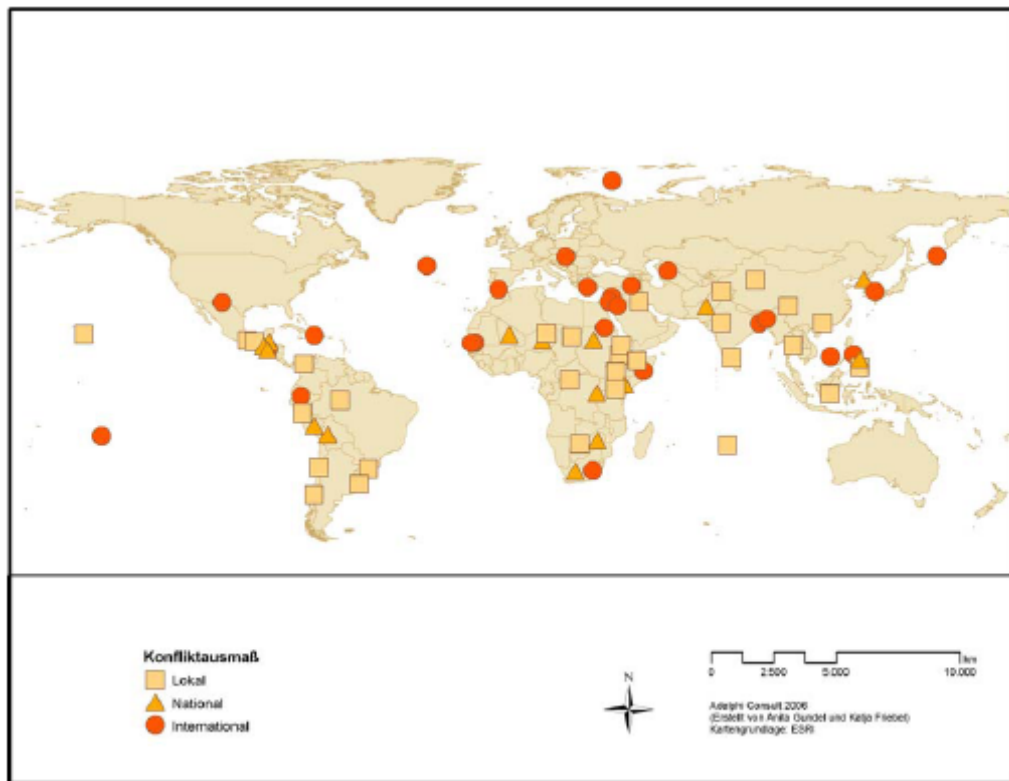


Abbildung 5 - Übersicht über die Intensität von Umweltkonflikten. (Aus Carius, Tänzler, Winterstein: Weltkarte von Umweltkonflikten: Ansätze zur Typologisierung.
(http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html#jg2007expertisen, 02.10.2008)

Sturm- und Flutkatastrophen als Konfliktauslöser

Flut- und Sturmkatastrophen weisen, wie Untersuchungen der WHO gezeigt haben, einen eindeutigen Zusammenhang mit der Verschärfung von Konflikten, gewalttätigen Unruhen und/oder politischen Krisen auf.

Die Daten der WHO beruhen auf der Datenbank des „Collaborating Centre for Research on the Epidemiology of Disaster“ (CRED, 2006). Diese Daten umfassen alle Sturm- und Flutkatastrophen seit 1950 mit mindestens 1000 Todesopfern.

Die Datenlage vor Mitte der 1990er Jahre weist zwar große Lücken auf, trotzdem konnten 171 Fälle anhand von Zeitungsberichten, historischen Arbeiten und Fachliteratur aus der Katastrophenforschung identifiziert werden (siehe Grafik unten).

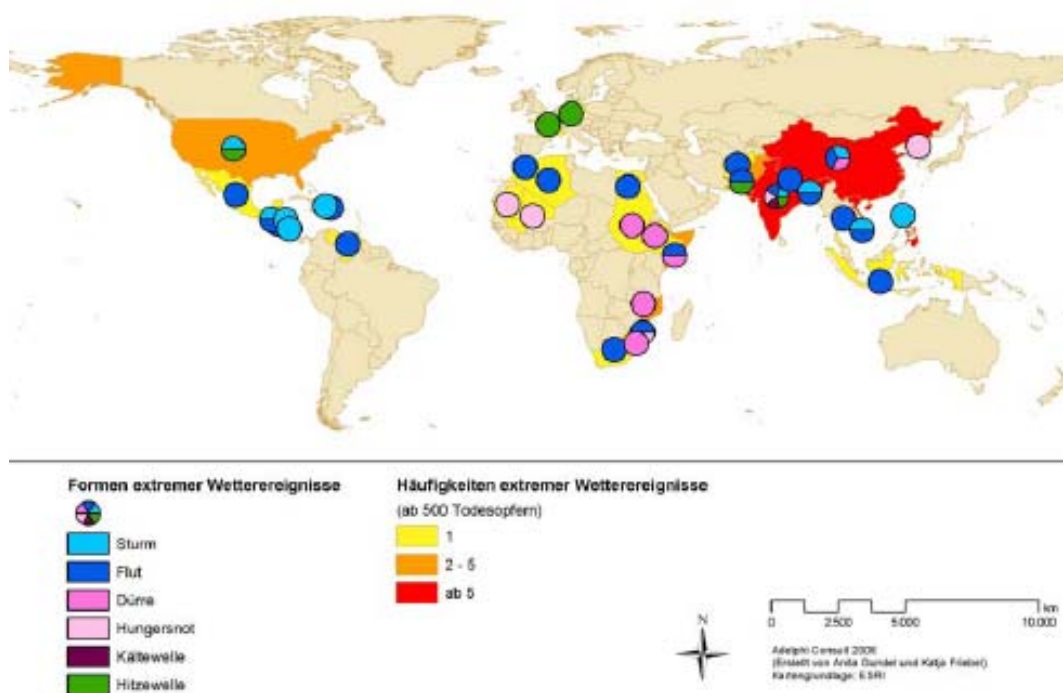


Abbildung 6 - Formen und Häufigkeiten extremer Wetterereignisse (Aus Carius, Tänzler, Winterstein: Weltkarte von Umweltkonflikten: Ansätze zur Typologisierung.

(http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007.html#jg2007expertisen, 02.10.2008)

Wie aus dieser Abbildung gut ersichtlich ist, ist es in der Vergangenheit nach Flut- und Sturmkatastrophen mehrfach zu gewalttätigen Unruhen, Verschärfung bestehender Konflikte und politischer Destabilisierung gekommen.

Solcherart von Katastrophen sind auch deshalb wichtig zu erwähnen, da der Zusammenhang, im Gegensatz zu anderen Umwelteinflüssen, mit Konflikten evident ist.

Bisher konnte gezeigt werden, dass Konflikte durch Ressourcenmangel, Umweltdegradation u. a. auch internationale Ausmaße nehmen können.

Dadurch kann die internationale Sicherheit gefährdet sein. Folgende Kapitel werden sich nun mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Gefahren für die internationale Sicherheit: Sicherheitspolitische Implikationen in Bezug auf Umwelt und Konflikt

Ressourcenknappheit in Folge des Klimawandels

Die Risikoanalyse des WGBU konstatiert, dass selbst bei einem gezielten Gegensteuern in den kommenden Jahrzehnten der Klimawandel viele Gesellschaften in ihrer Anpassungsfähigkeiten überfordern wird (vgl. WGBU 2007,1).

Destabilisierung und Gewalt könnten die Folgen sein und damit die nationale und internationale Sicherheit gefährden. Jedoch könnten die Gefahren, welche der Klimawandel weltweit hervorruft, die Staatengemeinschaften auch zusammenführen, wenn der Klimawandel als das verstanden wird, was er auch impliziert. Als Bedrohung der Menschheit, welcher nur durch eine weltweit abgestimmte Klimapolitik entgegengetreten werden kann.

Sollte dies nicht erreicht werden können, drohen durch den Klimawandel neue Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik aufzutreten.

Vielfältige Verteilungskonflikte um Ressourcen werden in und zwischen Ländern entbrennen: um Wasser, Land, Nahrungsmittel, Energiereserven, die Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen und Kompensationszahlungen von Verursachern an die am stärksten vom Klimawandel Betroffenen. Folgende Abbildung dazu illustriert die Problematik recht anschaulich:

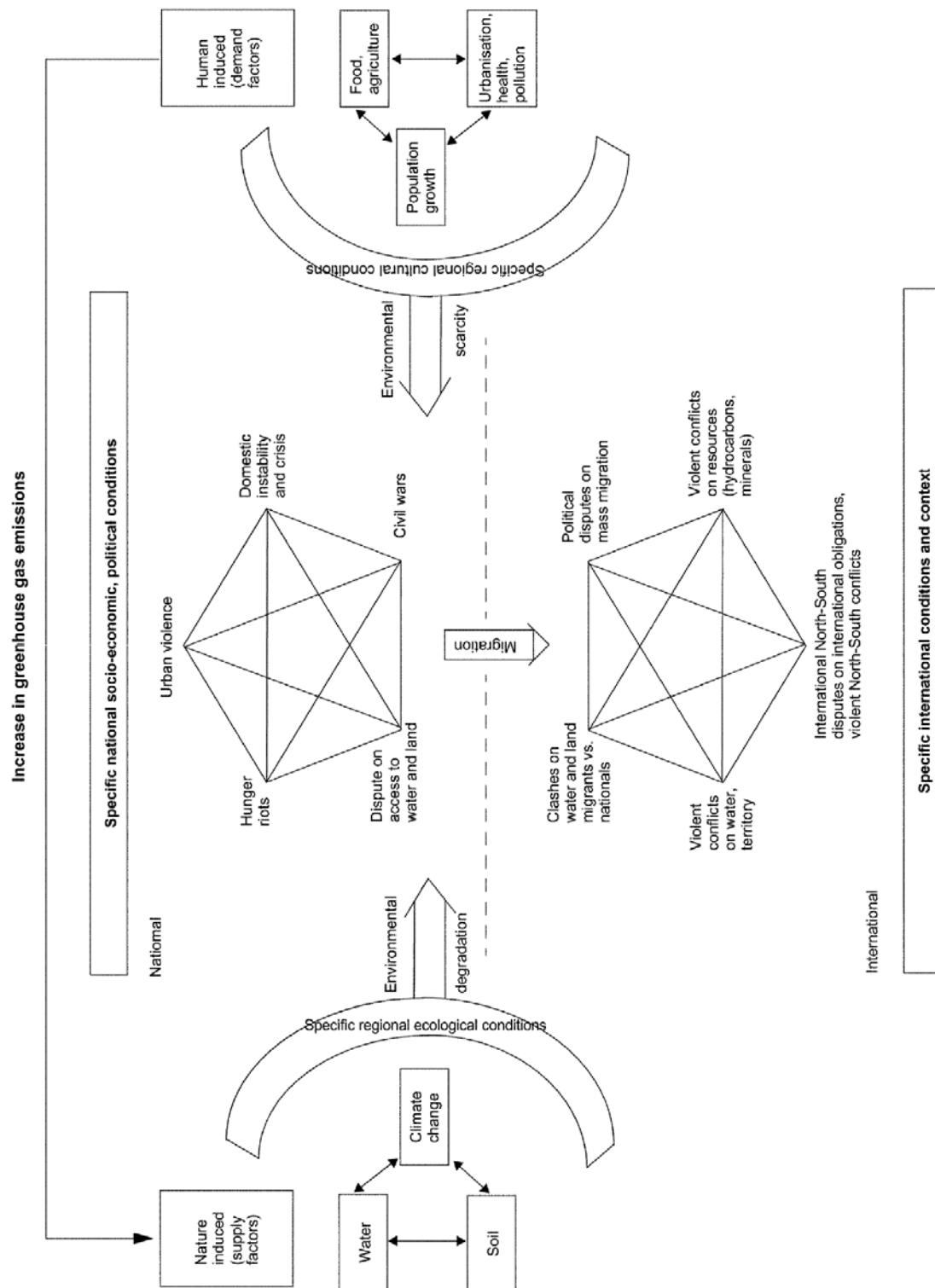


Abbildung 7 - Wirkungen des Klimawandels: Pentagon der Konfliktkonstellationen. Quelle: Hans Günter Brauch 2002, 58.

Neben dieser großen, umweltpolitischen Herausforderung für die internationale Politik, ist auch noch eine zweite sicherheitspolitische Bedrohung zu bewältigen.

Durch den wirtschaftspolitischen Aufstieg neuer Mächte wie China und Indien und der damit einhergehenden Schwächung der USA, werden sich die bisherigen machtpolitischen Zentren verschieben. Diese Transformation gilt es auf friedlichem Wege zu lösen, wobei der Europäischen Union (welche selbst von inneren Querelaien geschüttelt ist) eine zentrale Vermittlerrolle zukommen könnte (zumindest nach Meinung des – von Deutschland einberufenen – WGBU).

Die Analysen des WGBU in Bezug auf die globalen Auswirkungen des Klimawandels identifizieren zwei große Kategorien der Bedrohung der internationalen Sicherheit durch den Klimawandel (vgl. WGBU 2007, 1ff).

1.) Klimainduzierte Konfliktkonstellationen:

Knappe Süßwasserressourcen

Schon heute leiden 1,1 Milliarden Menschen an beschränktem Zugang zu Trinkwasser. Durch den Klimawandel könnte die Situation für 100 Millionen Menschen weltweit verschärft werden, da durch die wachsende Weltbevölkerung die Nachfrage nach Wasser steigt und parallel dazu durch den Klimawandel die Menge der Niederschläge sowie die verfügbaren Wasserressourcen sich verändern.

Verminderung der Nahrungsmittelproduktion

Weltweit sind schon derzeit über 850 Millionen Menschen von Unterernährung betroffen. Diese Situation wird sich bedingt durch den Klimawandel verschärfen. Besonders niedrige Breiten werden darunter leiden – schon bei einer Erwärmung von 2° C wird die Ernährungsunsicherheit (u. a. laut WGBU), besonders in den Entwicklungsländern, zunehmen.

Bei einer vergleichsweise höheren Erwärmung von 2-4° C besteht die Gefahr, dass die landwirtschaftliche Produktivität weltweit zurückgeht.

Die Gefahr regionaler Ernährungskrisen steigt und dies kann gerade in schon geschwächten und fragilen Staaten zu weiterer Destabilisierung und/oder gewaltsamen Konflikten führen.

Steigerung / Verstärkung von Sturm- und Flutkatastrophen

Für viele (dicht besiedelte) Städte und Industrieregionen in Küstennähe erhöht sich das Risiko von Naturkatastrophen. Bedingt durch den Klimawandel kommt es zu einem weiteren Anstieg des Meeresspiegels und es muss mit einer Intensivierung von Stürmen und Niederschlägen gerechnet werden.

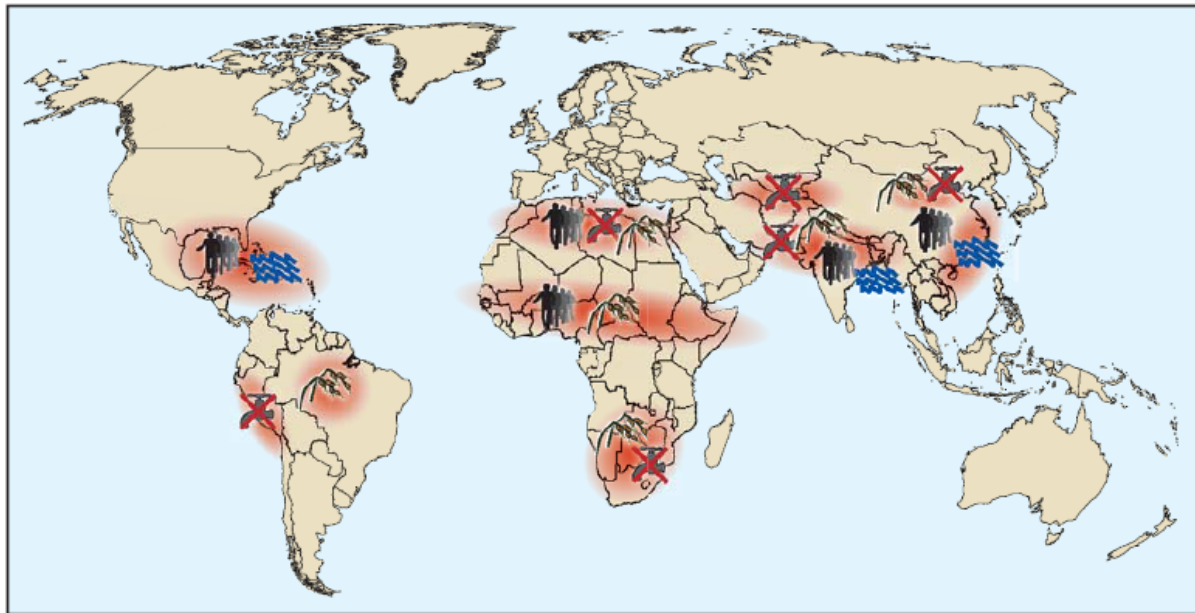
Sturm- und Flutkatastrophen können wahrscheinlich auch für eine zukünftige Häufung von Konflikten verantwortlich zeichnen – besonders in gefährdeten Regionen wie Zentralamerika und das südliche Afrika, welche überwiegend schwache ökonomische und politische Kapazitäten aufweisen.

Zudem könnten, sich wiederholende Naturkatastrophen dieser Art, an stark besiedelten Küstengebieten schwer kontrollierbare Migrationsbewegungen auslösen oder verschärfen.

Migration

Durch die Folgen des Klimawandels ist in Zukunft mit einer deutlich zunehmenden Zahl an Umweltmigranten zu rechnen. Diese Migrationsbewegungen könnten, das Konfliktpotential in den Transit- und Zielstaaten zu erhöhen. Vorerst werden sich diese Migrationsbewegungen noch im innerstaatlichen Bereich bewegen. Bei grenzüberschreitender Umweltmigration ausgelöst durch Armut und knappen, oder nicht mehr vorhandenen Ressourcen, müssen sich jedoch auch Europa und Nordamerika mit steigendem Migrationsdruck auseinandersetzen (vgl. WGBU 2007, 3).

Die verschiedenen Weltregionen werden in unterschiedlichem Ausmaß von den Folgen des Klimawandels betroffen sein. Die folgende Abbildung illustriert die zentralen regionalen Brennpunkte für mögliche Konfliktkonstellationen:



Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten:



Klimabedingte Degradation
von Süßwasserressourcen



Klimabedingter Rückgang
der Nahrungsmittelproduktion



Brennpunkt



Klimabedingte Zunahme von
Sturm- und Flutkatastrophen



Umweltbedingte
Migration

Abbildung 8 - Sicherheitsrisiken durch Klimawandel: ausgewählte Brennpunkte. Quelle: WGBU 2007, 4.

2.) Gefährdung der internationalen Stabilität im Rahmen des Klimawandels

Mögliche Zunahme der Zahl schwacher und fragiler Staaten als Folge des Klimawandels

Schwache, fragile und gescheiterte Staaten sind kein neues, durch den Klimawandel bedingtes Phänomen. Sie sind es jedoch, die der Klimawandel wahrscheinlich am härtesten treffen wird. Diese Staaten sind nur schwer oder gar nicht mehr in der Lage, die staatlichen Kernfunktionen aufrecht zu erhalten. Schon heute stellen sie ein Problem für die internationale Gemeinschaft dar. Bisher wurde es jedoch versäumt, die betroffenen Staaten durch Hilfsmaßnahmen bei der Aufrechterhaltung ihrer Stabilität oder ihrer Transformation zu unterstützen.

Der Klimawandel könnte zu einer wechselseitigen Verstärkung der Konfliktkonstellation führen und durch Umweltmigration und einer sich rapide verschlechternden ökonomischen Lage auch umliegende Regionen und Staaten in Überforderung und Instabilität stürzen.

Und es ist nicht absehbar, dass die internationale Gemeinschaft in der Lage wäre, diese Herausforderung zu meistern.

Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung

Der Klimawandel wird unweigerlich zu einer Verlagerung der Produktionsstätten führen. Bodendegradation, Dürren, Sturmfluten, Überschwemmungen und Wasserknappheit werden Produktion, Transport und Versorgung beeinträchtigen. Durch die steigende Zahl der Weltbevölkerung wird sich dadurch die Nahrungsmittelunsicherheit zusätzlich verschärfen und manifestieren. Durch die Folgen des Klimawandels kann eine globale, ökonomische Krise hervorgerufen werden, wobei es schwer einzuschätzen ist, in welchem Ausmaß die nationale und internationale Sicherheit betroffen sein wird und ob es überhaupt gelingt, greifende Gegenmaßnahmen zu diesem Szenario zu entwickeln.

Risiken wachsender Verteilungskonflikte zwischen Hauptverursachern und Hauptbetroffenen

Unbestritten ist, dass jene, welche die größten Kosten durch die Folgen des Klimawandels zu tragen haben, diesen nicht mitverursacht haben. Diese Länder, zum größten Teil Entwicklungsländer, werden jedoch gegen diese Ungerechtigkeit protestieren und Kompensationszahlungen von den Industrie- und Schwellenländern fordern. Das wird nicht nur Konflikte zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern hervorrufen, sondern auch die für den Klimawandel Verantwortlichen untereinander spalten.

Gefährdung der Menschenrechte und der Legitimation der Industrieländer als Global-Governance-Akteure

Wie oben bereits angeführt, kann der Klimawandel die Sicherheit existenzieller Lebensgrundlagen gefährden und diesem Sinne auch die internationale Sicherheit insgesamt. Den Industriestaaten sowie den ökonomisch schnell wachsenden Staaten, könnte, mit ihrem wachsenden Kenntnisstand über die Auswirkungen des Klimawandels und den ungenügenden ergriffenen Gegenmaßnahmen vorgeworfen werden, damit die Menschenrechte zu verletzen. Laut WGBU wäre damit die Gefahr einer Legitimationskrise der Industrieländer und damit einhergehend eine Einschränkung ihrer internationalen Handlungsfähigkeit gegeben.

Induzierung und Verstärkung von Migration

Dieser Punkt fasst im Wesentlichen schon oben angeführte mögliche Konfliktkonstellationen und Bedrohungen in diesem Bezug zusammen.

Hinzu kommt hier aber, dass die damit verbundenen Konfliktpotentiale auch deshalb so groß sind, weil Umweltmigration als solche im Völkerrecht noch nicht erfasst ist.

Überforderung klassischer Sicherheitspolitik

Wie in dieser Arbeit auch später noch genauer ausgeführt wird, stellt der Klimawandel und die durch den Menschen verursachte Ressourcenknappheit die

klassische Sicherheitspolitik vor neue Herausforderungen, denen sie im bisherigen Sinne noch nicht gewachsen sein dürfte.

Die Konfliktprozesse, welche ein ungebremsster Klimawandel hervorruft, werden nicht mehr den klassischen (Angriffs)Kriegen entsprechen, sondern eher Destabilisierung und Zerfall von Staaten hervorrufen.

Hier gilt es nach Möglichkeit auch präventiv zu wirken und die Agenden der Sicherheitspolitik neu zu überdenken. Ein Zusammenspiel von Entwicklungspolitik, Umweltpolitik und Sicherheitspolitik wird von Nöten sein.

Die folgenden sechs Thesen von Eberwein und Chojnacksi (2001) beschäftigen sich ausführlich mit dem Thema Politik, Umwelt, Sicherheit und Konflikt.

Sechs Thesen zu Umwelt, Sicherheit und Konflikt

Wolf Dieter Eberweins und Sven Chojnacksi (2001) sechs Thesen, welche die Umweltproblematik aus der Sicht für Sicherheit und Konflikt beleuchten, widerspiegeln den politischen und wissenschaftlichen Diskurs zu diesem Thema sehr anschaulich (Eberwein/Chojnacki 2001, 2ff):

1. „Generell ist Umwelt kein integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik. Das ist nur dann der Fall, wenn die Sicherheit einzelner Staaten, Regionen oder des internationalen Systems insgesamt durch Ressourcenknappheit und/oder Umweltzerstörung gefährdet ist und die Möglichkeit kollektiver Gewaltanwendung gegeben ist.
2. Umweltbedingte Ressourcenknappheit kann bestehende Konfliktlinien verschärfen. Gewalt ist in solchen Fällen als Mittel der Konfliktlösung möglich. Es wäre aber irreführend, solche Konflikte als Umweltkonflikte zu bezeichnen. Es handelt sich vielmehr um eine spezifische Art eines machtpolitischen Verteilungsproblems.
3. Die zunehmende Umweltzerstörung und die Häufung von Katastrophen bedroht die Überlebensfähigkeit einiger Gesellschaften, insbesondere die schwacher Staaten. Umweltprobleme können die politisch und gesellschaftlich bedingte Ungleichheit verschärfen. Die sozialen und politischen Bedingungen sind somit die entscheidende Determinante von Gewalt.
4. Gleichermaßen bedrohlich sind Konflikte, bei denen – politisch gewollt – Umweltzerstörung als Waffe eingesetzt wird. Damit verkehrt sich aber die Kausalbeziehung von Umwelt und Konflikt.
5. Umweltsicherheit in die Sicherheitspolitik zu integrieren, ist deswegen schwierig, weil sie nicht in das Schema traditioneller Sicherheitspolitik

passt. Darüber hinaus wird die Umweltproblematik konzeptionell eher unter der best-case-Perspektive betrachtet, während Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Regel unter der worst-case-Perspektive - zuweilen regelrecht alarmistisch- konzipiert wird.

6. Politisch ist Umweltsicherheit nur schwer zu bearbeiten: Veränderungen im Ökosystem erfolgen langfristig und kontinuierlich, politische Veränderungen erfolgen kurzfristig und zuweilen eher abrupt. Diese Spannung verschärft sich dadurch, dass politische kein Feindbild mit Umweltsicherheit verknüpft ist und dass die Umweltschäden wie deren Folgen geographisch ungleich verteilt sind“ (Eberwein/Chojnacki 2001, 2ff).

Die erste These des Artikels von Eberwein/Chojnacki bringt zum Ausdruck, dass Umweltgefährdung dann in einen sicherheitspolitischen Bereich fällt, wenn die Lebensfähigkeit eines Staates bedroht ist. Die Autoren fassen dieses Problem mit dem Hinweis zusammen, „dass Sicherheit untrennbar mit Wohlstand und Reichtum verknüpft ist“ (2001, 4). Danach ist Umweltsicherheit mit der physischen Bedrohung einer Gesellschaft gleichzusetzen und zwar unabhängig davon, ob diese Bedrohung militärischer Natur oder durch die Zerstörung des Ökosystems gegeben ist.

Umweltsicherheit kann aber noch enger gefasst werden. Nach Eberwein/Chojnacki ist sie dann gefährdet, wenn knappe erneuerbare oder nicht erneuerbare Ressourcen zum zentralen Konfliktgegenstand werden und damit die Gefahr der gewaltsamen Konfliktlösung steigt.

Daher muss die Einsicht resultieren, dass Umweltprobleme auch als integrale Komponente von sozialen, industriellen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Systemen einzurechnen sind. In Folge dessen muss Sicherheit aus den „Fesseln“ ihrer bisherigen Bedeutung von Macht, Machtgleichgewicht und militärischen Fähigkeiten genommen werden und um neue (auf die steigende Umweltproblematik bezogene) Gedankengänge und Konzepte erweitert werden (vgl. Eberwein/Chojnacki 2001, 4).

Wie bei anderen Sicherheitsproblemen ist aber auch in Bezug auf die Umwelt die Reichweite der Probleme ausschlaggebend – jedoch mit einem gewichtigen Unterschied – die Problemlösungskompetenz übersteigt die militärischen Fähigkeiten bei weitem.

Die Reichweite der Konflikte kann in nationale Sicherheit, internationale Sicherheit und in globale Sicherheit eingeteilt werden.

Damit ist nationale Sicherheit dann gefährdet, wenn das Überleben eines Staates in Zusammenhang mit einer Umweltproblematik bedroht ist, dieser jedoch in der Lage ist, die Bedrohung allein zu bewältigen. Ist dies jedoch nicht der Fall, wie das auf viele Entwicklungsländer und Transformationsstaaten durchaus zutreffen könnte, besteht die Gefahr einer vertikalen und horizontalen Eskalation. Viele der heutigen Umweltprobleme, die zwar zum größten Teil „nur“ Auswirkungen auf die nationale Sicherheit (z. B. Erdbeben, Tsunamis) haben, können aber eben nicht alleine, sondern nur gemeinsam bewältigt werden. Von Bedeutung ist hier, wie schon erwähnt, die Reichweite der Problematiken.

Internationale Sicherheit ist dann betroffen, wenn durch eine zwischenstaatliche Konfrontation, die Sicherheit einer Staatengruppe gefährdet und auch hier diese Bedrohung nur gemeinsam zu überwinden ist (z.B. die Vergiftung eines grenzüberschreitenden Flusses). Damit kann internationale Sicherheit regional begrenzt oder auch allumfassend sein. In Bezug auf die Gefährdung von internationaler Sicherheit liegt eine gegenseitige Bedrohungswahrnehmung vor, Freund und Feind sind klar identifiziert.

Bei globaler Sicherheit lässt sich das „Freund-Feind“ Schema nicht mehr orten, die vorhandenen Probleme sind nur im Rahmen einer weltweiten Zusammenarbeit zu lösen (siehe Treibhauseffekt).

Eberwein/ Chojnacki führen in Bezug auf die zuvor angeführten Unterteilungen weiter an, dass nicht alle Umweltprobleme die Sicherheit einzelner oder mehrerer (auch aller) Staaten betreffen, es aber Umweltprobleme gibt, die dies sehr wohl tun (vgl. Eberwein/ Chojnacki 2001, 5).

Die zweite von Eberwein/Chojnacki aufgestellte These besagt, dass die Bezeichnung Umweltkonflikt dann nicht angebracht ist, wenn eine gewaltsame

Auseinandersetzung über eine knappe Ressource geführt wird. Bei solchen Konflikten handelt es sich um machtpolitische Konflikte, wobei eine Partei versucht eine bestehende Ungleichheit bei der Verteilung des begehrten Gutes zu ihrem Vorteil umzukehren. Solche machtpolitischen Verteilungsprobleme gehen immer mit Freund - Feindbildern einher und dies kann dazu führen, dass kooperative Lösungen ausgeschlossen sind.

Gerade bei Ressourcenknappheiten, ob es sich nun um erneuerbare oder nicht erneuerbare Güter handelt, besteht das Problem, dass es einer immer größeren Anzahl jener bedarf, um den Nutzungsansprüchen zu genügen, die benötigten Mengen aber mit dieser Entwicklung nicht imstande sind Schritt zu halten oder eben begrenzt sind. Verschärft wird diese Situation durch den unaufhaltbaren Anstieg der Weltbevölkerung, sowie der fortschreitenden Industrialisierung der Südhalbkugel und dem rapiden Wirtschaftswachstum im Norden.

Selbst wenn sich diese Entwicklung verlangsamen würde, wäre der Bedarf an Wasser und Nahrungsmittel dennoch nicht gedeckt. Je knapper lebenswichtige Ressourcen werden und der durch Bevölkerungszuwachs und Industrialisierung ausgelöste Bedarf an Rohstoffen und Märkten wird, desto eher kann dies zu einer Externalisierung von Konflikten führen.

Der Kern solcher Konflikte liegt hier klar in einem machtpolitischen Verteilungs- und Umverteilungsproblem.

Die dritte These Eberweins/ Chojnackis bezieht sich darauf, dass Umweltprobleme (soweit sie zu massiven Konflikten führen) eine Folge von bereits vorhandenen gesellschaftlichen und politischen Spannungen sind, welche in ihrer Brisanz dann von größerem Gewicht sind, wenn sie mit „sozio-ökonomischen Fehlentwicklungen einerseits (Überbevölkerung, Armut, Verschlechterung der Ernährungsbasis etc.) und Prozessen politischer Desintegration andererseits (fehlende Legitimität, kulturelle Spaltungslinien) in Beziehung stehen“ (Eberwein/ Chojnacki 2001, 7).

In diesem Fall wirkt eine gegenseitige Verstärkung von Faktoren aus dem Ökosystem und dem sozialen und politischen System. Situationen, wo eine asymmetrische Aufteilung der Ressourcen auf vorhandene Machtkonflikte trifft, sind besonders kritisch.

Die Autoren dieses Artikels konstatieren, dass es sich im Kern dieser Konflikte um Verteilungskonflikte handelt und zwar über materielle oder immaterielle Güter in politischen Kernbereichen wie Wohlfahrt, Herrschaft und Sicherheit.

Solcherart von Konflikten sind zunächst innerstaatlich lokalisiert und treten vorwiegend in instabilen oder so genannten „failed states“¹³ (gescheiterten Staaten) auf. Diese Staaten zeichnen sich vorwiegend durch Armut, Unterentwicklung und rasches Bevölkerungswachstum aus, verfügen aber im erstgenannten Fall noch über ein funktionierendes staatliches Gewaltmonopol, während in failed states auch dieses nicht mehr existiert. Nimmt die Zahl jener Staaten zu, so fürchten Eberwein/Chojnacki, dass sich die gewalttätigen Konflikte nicht nur auf das unmittelbare Umfeld, sondern auch auf das internationale System insgesamt auswirken könnten, wobei für die internationale Politik auch die strategische Relevanz der betroffenen Staaten in Bezug auf ihre Reaktion von Bedeutung sein wird. Jedoch, so schränken die Autoren ein, wird das Konfliktverhalten auch über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die institutionalisierten Verteilungsmechanismen vermittelt. Ebenso braucht es die Bereitschaft der betroffenen Akteure, Gewalt anzuwenden.

Knappe Ressourcen oder Umweltprobleme alleine, sind nach Eberwein/Chojnacki kein Grund, die Konfliktdynamik hinreichend zu erklären.

In der vierten These wird die Kausalität umgekehrt und zwar in diesem Sinne, dass Gewalt zu Umweltzerstörung führt. Bewusst geschieht dies, wenn, insbesondere bei militärischen Einsätzen, Umweltzerstörung als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen eingesetzt wird - meist mit letalen Folgen für die Bevölkerung.

Durch ökologische Zerstörungen von ganzen Regionen steigt die Gefahr, eine großräumige Umweltflucht der Bevölkerung auszulösen. Umweltflüchtlinge stellen jedoch nicht nur ein Problem für Entwicklungs- und Transformationsstaaten dar, sie werden auch von den Industrieländern teilweise als Bedrohung (u. a. für den eigenen Wohlstand) empfunden. Daraus erfolgt die Reaktion einer Abschottung der Grenzen jener, anstatt die Forcierung der Ursachenbekämpfung als geeignetes Mittel zu wählen, um dort Hilfe zu leisten, wo sie notwendig ist.

¹³ Weiterführende Informationen zum Bereich der „failed states“ u. a. in Mary Kaldor 2000.

These fünf von Eberwein/Chojnacki beschäftigt sich mit der Einbindung von Umweltproblematiken in die Sicherheitspolitik.

Dies wirft mehrere Probleme auf: Umweltfragen passen nicht in das Freund-Feind-Schema, an welchem sich Sicherheitspolitik zum großen Teil orientiert. Weder Treibhauseffekt, Klimawandel oder Dürreperioden etc. richten sich vorsätzlich gegen einen Staat und das Militär ist auf solcherart von Problemen weder vorbereitet noch in der Lage, dagegen vorzugehen oder diese Phänomene und deren Folgen in den Griff zu bekommen. Deshalb, so konstatieren die Autoren, ist es auch nicht möglich, Umweltprobleme „nahtlos“ in die sicherheitspolitischen Institutionen zu integrieren (vgl. Eberwein/Chojnacki 2001, 10).

Wenn globale Umweltprobleme verhandelt werden (wie in den Konferenzen in Kyoto und Den Haag), geschieht dies unter eher kurzfristigen Gesichtspunkten, welche sich hauptsächlich auf die Kosten, Wettbewerbsfähigkeit und die Folgen für die einzelnen Staaten beziehen.

In der klassischen Sicherheitspolitik wird in der Regel von „worst-case-Szenarien“ ausgegangen, während über ökologische Probleme eher in „best-case-Szenarien“ gedacht wird (so zumindest laut Autoren dieses Artikels), auch unter der Annahme, Umweltprobleme letztendlich doch auf technologischem Weg bewältigen zu können.

Die sechste These verbindet die Umweltproblematik mit deren politischer Bewältigungsfähigkeit.

Zwischen diesen beiden Systemen ist jedoch eine große Diskrepanz auszumachen.

Manifeste Veränderungen im Ökosystem erfolgen in der Regel langsam und auf den ersten Blick unscheinbar. Es ist eine lange Anlaufphase notwendig, um das Ökosystem massiv und nachhaltig zu schädigen. Die Veränderungen in diesem System laufen über Jahrzehnte ab und werden deshalb als weniger bedrohlich wahrgenommen, als akute politische oder gesellschaftliche Probleme.

Im gesellschaftlichen und politischen Denken ist dies eine unendlich lange Zeitspanne. Veränderungen erfolgen hier eher kurzfristig. Daher ist Unterstützung für

langfristige Maßnahmen, welche erst in Jahrzehnten greifen und Erfolge sich naturgemäß erst dann abzeichnen, sehr gering.

Aus sicherheitspolitischer Sicht sind Umweltprobleme schwer greifbar, da sie nicht „angreifbar“ sind. Und da bei Umweltkonflikten weit voraus zu denken ist, gibt es auch keine akute Bedrohung und daher noch wenig Grund, Umweltprobleme in sicherheitspolitisches Denken miteinzubeziehen.

Neue sicherheitspolitische Herausforderungen

Knapper werdende Ressourcen und Umweltdegradation gehören zu den exorbitanten Herausforderungen der Zukunft. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden diese beiden Faktoren zukünftig erheblichen Einfluss auf das Konfliktverhalten innerhalb und zwischen den Staaten haben. Es wäre aber voreilig, daraus zu schließen, dass allein Ressourcen- und Umweltbedingte Phänomene ausreichend sind, größere Konflikte vom Zaun zu brechen. Es kann allerdings auch nicht von der Hand gewiesen werden, dass Ressourcenknappheit bestehende Konflikte verschärfen kann.

Umweltpolitik bewegt sich daher an den Schnittstellen von Sicherheitspolitik, Migration, Entwicklungszusammenarbeit, globaler Ökonomie und humanitärer Hilfe. Wird Umwelt mit Sicherheit(spolitik) verknüpft, werden die komplexen Zusammenhänge sichtbar, die sich aus einer Vielfalt von gegenseitigen Abhängigkeiten zusammensetzen. Politische, gesellschaftliche und ökonomische Faktoren korrelieren mit den verschiedensten Einflüssen des Ökosystems, wie Wasser, Luft und Klima.

Der Sicherheitsbegriff und die Frage seiner Konzeptionalisierbarkeit gehört zu den umstrittensten Gegenständen der internationalen Politik. Klassischerweise stellt Sicherheit die Unversehrtheit territorial organisierter, souveräner Nationalstaaten dar und die Erhaltung jener wird primär als militärische Aufgabe verstanden.

Matthias Albert und Stephan Stetter konstatieren, dass der Sicherheitsbegriff seit dem Ende des Ost-West-Konflikts diffus geworden ist (2006, 49).

Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Globalisierung werden Unsicherheit, Gewalt und Instabilität nicht mehr nur mit militärischer Aggression assoziiert, sondern auch ökonomische, machtpolitische, soziokulturelle und ökologische Faktoren werden als Ursachen für eine instabilere, sich verschiebende, Weltordnung anerkannt.

Damit ist auch eine Neubewertung des Sicherheitsbegriffes gefordert.

Sicherheitspolitik darf aufgrund der neuen Herausforderungen nicht nur eine Frage der militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten sein. Der Begriff und die politischen Anpassungsleistungen müssen erweitert werden, wie dies schon Jessica Tuchmann Mathews 1989 in ihrem Artikel „Redefining Security“ in der Zeitschrift „Foreign affairs“ forderte. Sie formuliert ihren Ansatz wie folgt:

„The 1990s will demand a redefinition of what constitutes national security. In the 1970s the concept was expanded to include international economics as it became clear that the U.S. economy was no longer the independent force it had once been, but was powerfully affected by economic policies in dozens of other countries. Global developments now suggest the need for another analogous, broadening definition of national security to include resource, environmental and demographic issues“ [...]

und

“Moreover, for the first time in its history, mankind is rapidly-if inadvertently-altering the basic physiology of the planet. Global changes currently taking place in the chemical composition of the atmosphere, in the genetic diversity of species inhabiting the planet, and in the cycling of vital chemicals through the oceans, atmosphere, biosphere and geosphere, are unprecedented in both their pace and scale. If left unchecked, the consequences will be profound [...]“ (Tuchmann Mathews 1989, 1)“.

Dieser perfekten Analyse Jessica Tuchmann Mathews, inwiefern und in welchem Umfang der Sicherheitsbegriff neu überdacht werden muss, ist nur wenig hinzuzufügen.

Übereinstimmung in der Umweltkonfliktforschung

Trotz unterschiedlicher Prämissen und Methoden lässt sich dennoch ein großes Maß an Übereinstimmungen in den zentralen Forschungserkenntnissen feststellen. Laut WBGU finden sich diese in folgenden Beispielen (WBGU 2007, 30):

- „Multikausalität“: Alle Ansätze betonen die Multikausalität der jeweils beobachteten Konflikte. Es besteht demnach ein Konsens, dass Umweltdegradation stets nur eine von mehreren komplex zusammenhängenden Konfliktursachen darstellt, wobei Umweltdegradation nur selten das für den Konflikt maßgebliche Element zu sein scheint.
- Lokalität: Es herrscht ein Konsens über die Lokalität der als Umweltkonflikte in Betracht kommenden Auseinandersetzungen. Es handelt sich ganz vorwiegend um innerstaatliche Konflikte und selbst dort, wo sie als grenzüberschreitende Konflikte einzuordnen sind, sind es in der Regel keine klassischen zwischenstaatlichen Konflikte im Sinn großflächiger Kriege zwischen Staaten, sondern regional begrenzte Auseinandersetzungen, beispielsweise zwischen Anliegern eines Grenzgewässers.
- Problemlösungsfähigkeit: Schließlich betonen alle Ansätze die zentrale Rolle der Problemlösungsfähigkeit des Staats und der jeweiligen Gesellschaften bezüglich der Entstehung bzw. Bewältigung von Konflikten: Wo politische und soziale Institutionen schwach ausgebildet sind, ist die Konfliktwahrscheinlichkeit relativ höher. Zukünftige Krisenherde werden deshalb vor allem in Ländern und Regionen vermutet, die hinsichtlich ihrer Problemlösungskapazität als problematisch eingestuft werden“ (WBGU 2007, 30).

Als unmittelbare Kriegsursache konnten Umweltprobleme und Ressourcenknappheit (noch) nicht identifiziert werden, ebenso wenig wie ein Nachweis über eindeutige kausale Zusammenhänge zwischen Umweltveränderungen und gewaltsam ausgetragenen zwischenstaatlichen Konflikten erbracht werden konnte.

Trotzdem bleibt für den WGBU nicht ausgeschlossen und durchaus auch plausibel, dass Ressourcenknappheit und Umweltdegradation destabilisierende und konfliktauslösende Auswirkungen haben kann oder wird (vgl. WGBU 2007, 31).

Initiativen als Lösung für die Zukunft

Alle der bisher skizzenhaft umrissenen umweltbedingten Gefahren, stellen auch Gefährdungen der internationalen Sicherheit dar. Durch klassische, militärische Lösungsstrategien werden diese aber nicht zu bearbeiten sein.

Die internationale Politik ist mehr denn je gefordert – sie steht vor der Aufgabe eine ausgeklügelte Global-Governance-Strategie zu entwickeln – und das trotz dem alles beherrschenden Konkurrenzdenkens.

Eine gemeinsame Umwelt- und Klimapolitik wird sich in Zukunft (wenn sie spätestens jetzt einsetzt) auch als gute Sicherheitspolitik profilieren.

Um die oben beschriebenen Zukunftsszenarien zu vermeiden (oder einzudämmen), werden Diplomatie, Stabilisierungsmaßnahmen für schwache Staaten, Entwicklungszusammenarbeit, eine durchdachte Migrationspolitik, eine tragkräftige globale Ökonomie und ein funktionierendes multipolares Umfeld notwendig sein.

Der Trend geht dem ungeachtet in die andere Richtung, aber die Wahrscheinlichkeit mit fortlaufendem Klimawandel und sich verschärfender Ressourcenknappheit noch ein funktionsfähiges Global-Government-System zu errichten, schwindet. Das eigene Wohl wird dann im Vordergrund stehen.

Der WGBU schlägt deshalb folgende Initiativen zur Lösung drohender Klima- und Umweltkrisen vor (vgl. WGBU 2007, 7ff):

1) Förderung eines kooperativen Umfelds für die multipolare Weltordnung:

Die globalen machtpolitischen Konstellationen werden sich ändern. Daher ist eine multilaterale Ordnung erforderlich, um sich die Partizipation zu einer präventiven Klimapolitik auch der aufstrebenden Mächte wie China und Indien, sowie anderer Staaten welche sich noch nicht breit erklärt haben die Verantwortung für ihren Emissionsausstoß zu übernehmen, zu sichern.

Der WGBU überlegt, ob eine darobhin einzuberufende Weltkonferenz helfen würde, vertrauensfördernd in Bezug auf die zu erwartenden weltpolitischen Verschiebungen zu wirken sowie ein positives Kooperationsklima zu schaffen.

Damit wäre auch die Möglichkeit gegeben, auf eine faire und zielgerichtete internationale Zusammenarbeit in Bezug auf Armutsbekämpfung und Klimaschutz abzielen und damit eventuell zu einer friedlichen Entwicklung der Welt beizutragen.

2) Reform der Vereinten Nationen:

Da die zu erwartenden umweltinduzierten Konflikte die internationale Sicherheit bedrohen, wird auch der UN-Sicherheitsrat damit befasst werden (wie dies schon im April 2007 erstmals geschehen ist). Dabei stellt sich die Frage, ob in Bezug auf die sicherheitspolitischen Implikationen des Klimawandels eine Mandatsanpassung im UN-Sicherheitsrat erforderlich sein wird.

Laut WGBU sollte der Sicherheitsrat dabei auf das Konzept der „Responsibility to Protect“ zurückgreifen. In Fällen schwerer Zerstörungen von Umweltgütern oder damit zusammenhängenden Verletzungen des Völkerrechts, könnte der Sicherheitsrat dabei die erforderlichen Zwangsmaßnahmen gegen die agierenden Staaten vornehmen.

3) Aufwertung des UN-Umweltprogramms (UNEP):

Der WGBU empfiehlt eine Stärkung des UNEP oder dieses sogar zu einer Sonderorganisation der UN zu erheben. Umweltpolitik könnte so besser koordiniert und mit sozialen wie ökonomischen Bereichen verknüpft werden.

4) Weiterentwicklung internationaler Klimapolitik:

Die Treibhausgaskonzentration muss reduziert und stabilisiert werden, um (wenn möglich) einen gefährlichen anthropogenen Klimawandel zu verhindern.

Folgender, durch diese Grafik illustrierter, Lösungsvorschlag zum Treibhauseffekt wurde vom WGBU entwickelt:

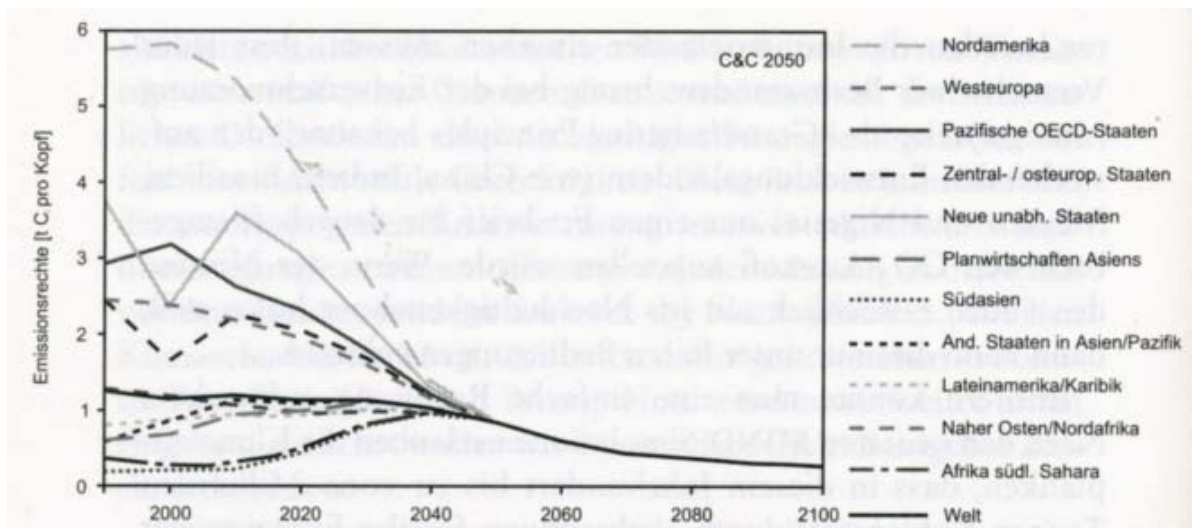


Abbildung 9 – Variation der regionalen CO₂ Kontingente falls atmosphärische Stabilisierung bei 450ppm und Konvergenz im Jahre 2050 postuliert wird. Quelle: S. Ramstorf/ H.J. Schellnhuber. Der Klimawandel 2006, 120.

Um dies zu erreichen, schlägt der WGBU die globale Vorschreibung einer Temperaturleitplanke von 2 °C über dem Zeitalter vor der Industrialisierung vor. Damit sollte eine Halbierung der weltweiten Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 erreicht werden. Zudem müssen auch Schwellen und Entwicklungsländer stärker in den Klimaschutz miteinbezogen werden

5) Die EU als Vorreiter in der Energiewende:

Im Jänner 2007 hat die EU-Kommission ihre Energiestrategie vorgestellt, diese sollte in den Mitgliedsstaaten auch konsequent umgesetzt werden. Dazu müssen laut WGBU verbindlich Zielvorgaben, Zeitpläne und Grenzwerte eingehalten werden.

Verbessert werden müssen hergebrachte Technologien, wobei eine stärkere Ausrichtung im Sinne der Nachhaltigkeit erfolgen muss.

6) Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Entwicklungsländer und Transformationsstaaten müssen in der Entwicklungszusammenarbeit dazu unterstützt werden, nachhaltige Energiesysteme aufzubauen. Klimaschutz muss dazu schon in Armutsbekämpfungsstrategien verstärkt hervorgehoben werden. Zusätzlich ist von den Industriestaaten für die Umsetzbarkeit dieser Vorhaben durch ökonomische Unterstützung Sorge zu tragen.

7) Steuerung von Migration

Mit verstärkter umweltinduzierter Migration ist zu rechnen. Dafür sind globale migrationspolitische Strategien notwendig. Diese müssen auf Langfristigkeit ausgerichtet sein und sowohl den Interessen der Herkunftsländer als auch der Zielstaaten gerecht werden. Die Beschränkung auf den Umgang mit wirtschaftlich motivierter Migration muss aufgehoben werden, eine faire globale Zusammenarbeit

in Bezug auf die zu erwartenden Migrationsströme muss angestrebt und umgesetzt werden (vgl. WGBU 2007, 11f).

Wie wichtig die internationale Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens in Hinblick auf die kommenden umweltpolitischen Herausforderungen ist, haben diese Analysen des WGBU und die vieler anderer Institutionen und NGO's immer wieder betont.

Mehr als fraglich bleibt es aber, ob sich die Menschheit rechtzeitig – oder überhaupt - dazu aufrufen kann, gemeinsam den Versuch zu unternehmen, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Conclusio

Diese Arbeit trägt den Titel „Kampf der Kulturen“ vs. „Kampf um Ressourcen“. Ähnlich (oder eigentlich dem Titel schon inhärent) habe ich meine Hypothese der Verifizierung des Konzepts vom „Kampf um Ressourcen“, als hauptsächliche Quelle von Konflikten, verschrieben.

Im Laufe der Arbeit wurde aber immer augenscheinlicher, dass, so konträr diese beiden Konzepte auch sein mögen, weder das eine noch das andere vollkommen untauglich wäre, um möglicherweise anstehende Konfliktkonstellationen zu erklären.

Unterschiede bei der Gegenüberstellung der genannten Theorien, lassen sich einzeln so nicht identifizieren – die Thematiken selbst machen den Unterschied aus.

Anders verhält es sich mit den Gemeinsamkeiten.

Bei Huntington zeichnen unterschiedliche Religionen und Kulturen für Konflikte verantwortlich, bei dem Konzept von Ressourcenknappheit und Umweltdegradation können diese Unterschiede ebenso zu Konflikten führen – wenn auch der Hintergrund ein völlig anderer ist.

Nussbaum Bruce spricht Huntingtons Konzept gerade soviel Gewicht zu „as a snowflake in June“ (Foreign Affairs, März/ April 1997). Damit bezieht er sich hauptsächlich auf Huntingtons schwammige (oder gleich gar nicht vorhandene) Definitionen in fast jedem Bereich seines Werks. Diesem Argument schließe ich mich gerne an. Kritik an Huntingtons „Kulturkampf“ Theorien gab es im Laufe der Arbeit genug. Nun ist Kritik an meine (naiv-vorfreudige) Herangehensweise in Bezug auf das zweite vorgestellte Konzept angebracht.

Es war mir zwar bewusst, dass es gewagt war, neben den umweltpolitischen Belangen alle anderen Faktoren als Konfliktursachen beiseite zu schieben, dennoch war (und ist sie es vielleicht noch immer) diese Erklärung für den Verlauf der Zukunft die einzig logische.

Doch hier wie dort müssen stets mehrere Faktoren miteinander korrelieren, um zu gewalttätigen Eskalationen zu führen.

Huntington verkürzt seine Erklärung der Zusammenhänge dieser notwendigen Korrelationen auf das zunehmende kulturelle Selbstbewusstsein und den wirtschaftlichen Aufschwung nicht-westlicher Staaten. Darin schwingt auch die Angst mit, dass, selbst wenn er behauptet die Vormachtstellung der USA sei noch gesichert, Europa sich nicht an sein vorgedachtes Schema halten und bestenfalls eine neutrale Stellung im Kultur-Dilemma einnehmen könnte. Die USA wäre damit verloren.

Die möglichen Korrelationen für Konfliktursachen finden sich im umweltpolitischen Bereich auf einem viel breiterem Feld. Die Einflusskategorien der Syndrome des globalen Wandels des NCCR verdeutlichen dies. Gleichzeitig machen sie aber ein noch größeres Loch auf, wenn es darum geht, all diese Probleme – welche eben nicht alleine auf Ressourcenknappheit, Umweltdegradation und Klimawandel zurückzuführen sind – zu bewältigen.

Blickt man auf die vorgeschlagenen Lösungsinitiativen des WGBU zur Vermeidung eines globalen Desasters, lässt dies nicht viel Hoffnung.

Warum sollte die Menschheit diesen großen Umschwung schaffen, wenn die einzelnen Individuen ein „sich selbst zurücknehmen“ noch nicht gelernt haben?

Literatur

Albert, Mathias / Stephan, Stettner: Viele Weltgesellschaften, viele Konflikte? Zur Rolle von Konflikt in Weltgesellschaftstheorien. In: Bonacker, Thorsten / Weller, Christoph 2006: Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure - Strukturen – Dynamiken. Frankfurt/Main.

Assmann, Jan 2000: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München.

Brauch, Hans Günter 2004 :Klimawandel, Umweltstress und Konflikt.

URL: http://afes-press.de/pdf/Brauch_Klimawandel_BMU.pdf (15.07.2008)

Carius, Alexander/ Tänzler, Dennis/ Winterstein Judith 2007: Weltkarte von Umweltkonflikten – Ansätze zur Typologisierung. Sonderexpertise im Auftrag des WGBU. Berlin

Concert, Hansgeorg 2002: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Münster.

Eberwein, Wolf-Dieter / Sven Chojnacki 2001: Stürmische Zeiten? Umwelt, Sicherheit und Konflikt. URL: <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/01-303.pdf> (03.07.2008).

Friedensforschungsinstitut Sipri, Stockholm: URL: <http://yearbook2005.sipri.org> (25.06.2008).

Gazi, Çağlar 2000: Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest. München.

Huntington, Samuel 1998: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München. Wien.

Huntington, Samuel 1993: The clash of civilization? In: Foreign Affairs 72,3.

Imbusch, Peter 2005: Moderne und Gewalt. Zivilisationstheoretische Perspektiven auf das 20. Jahrhundert. Wiesbaden.

LE MONDE *diplomatique* 2006: Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt. Berlin.

Nussbaum, Bruce 1997: Capital, not culture. In: Foreign Affairs 76,2.

URL: <http://www.foreignaffairs.org/19970301faresponse3763/g-john-ikenberry/the-west-precious-not-unique-civilizations-make-for-a-poor-paradigm-just-like-the-rest.htm>,
(02.10.2008)

Rahmsdorf, Stefan/ Schellnhuber, Hans Joachim 2007: Der Klimawandel. München

Riesebrodt, Martin 2001: Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“. München.

Röhrich, Wilfried 2004: Die Macht der Religionen. Glaubenskongflikte in der Weltpolitik. München.

Sen, Amartya 2007: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München.

Tuchmann Mathews, Jessica 1989: Redifining Security. Foreign Affairs Spring 1989

URL: <http://www.foreignaffairs.org/19890301faessay5953/jessica-tuchmann-mathews>
(20.08.2008)

Ulrich, Hans Rudolf/Vadim Oswalt 2006: TaschenAtlas Weltgeschichte. Gotha.
Stuttgart.

Wikipedia, Francis Fukuyama: URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Francis_Fukuyama
(12.06.2008).

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2007:
Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel. Berlin

URL: http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_kurz.html (01.08.2008).

Abstract

In dieser Arbeit wird eine kritische Auseinandersetzung mit den Thesen Samuel Huntingtons in „The Clash of Civilisations?“ (1993) und dem alternativen Konzept der Ressourcenknappheit und Umweltdegradation geleistet. Beide Ansätze beschreiben mögliche Ursachen für derzeitige und zukünftige, globale Konflikte.

Huntingtons Theorie geht davon aus, dass auf die Konfrontation der Ideologien während des Kalten Krieges nun der „Zusammenprall der Kulturen“ die zukünftigen Konfliktkonstellationen (und auch letzten in ihrer Evolution) bestimmen wird.

Dabei unterscheidet Huntington mehrere große, um die globale Vormachtstellung konkurrierende Kulturen. Durch das Aufwärtstreben der „nicht-westlichen“ Kulturen sieht Huntington die global dominante Stellung des Westens (im speziellen die der USA) in Gefahr. Seine größte Befürchtung sind eventuelle (von ihm ohne haltbaren Hintergrund prognostizierte) Bündnisbildungen zwischen, seiner Definition nach, „konfuzianisch-islamischer“ und „orthodoxer-hinduistischer“ Achse, welche das machtpolitische Gleichgewicht gegen den Westen kippen und einen dritten Weltkrieg heraufbeschwören könnte.

Dem gegenüber stehen die Theorien um jene Konflikte, deren Ursachen in Ressourcenknappheit, Umweltdegradation und Klimawandel auszumachen sind.

Ressourcenknappheit, Klimawandel, Umweltdegradation und ein (un)verantwortliches Handeln der Menschen in Bezug auf die Ausbeutung des Planeten bedingen sich hier gegenseitig.

Die Theorien von „Klimawandel und Ressourcenknappheit“ implizieren ebenfalls ein beträchtliches Sicherheitsrisiko für den globalen Frieden.

Die Tragweite solch umweltinduzierter Konflikte ist jedoch eine andere, sie sind nicht (an)greifbar oder nur durch isoliertes militärisches Vorgehen einzudämmen oder auszutragen.

Konflikte auf dieser Ebene fordern stattdessen ein gemeinsames globales Handeln und eine Erweiterung des althergebrachten Sicherheitsbegriffes.

Sicherheit impliziert hier Rücksichtnahme, Zurücknahme und Fairness im Umgang mit anderen Nationen. Dies ist wahrscheinlich die größte Herausforderung, die sich der Menschheit in Zukunft stellen wird.

Lebenslauf Kerstin Pirker

Geboren:	28.01.1977, Leoben, Steirmark
Staatsbürgerschaft	Österreichisch
Familienstand:	ledig
Kinder:	Jan Rafael, 26.12.2000
Muttersprache:	Deutsch
Sprachkenntnisse:	Englisch
Schulbildung:	Besuch der Volksschule und Hauptschule Weißkirchen (Steiermark), Gymnasium in Wolfsberg (Kärnten)
Universitäre Ausbildung:	Seit WS 1995 Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft Dr. Karl Lueger Ring, 1010 Wien
Sonstige Ausbildung:	Ausbildung zur Mediatorin, ARGE Bildungsmanagement Wien, September 2003- Dezember 2004

Berufstätigkeit:

Juli 1998– September 2002	Assistentin der Feldleitung, Betreuung eines Großkunden, Leitung des CATI- Studios, FA Triconsult, Alsterstraße 35, 1080 Wien
Seit September 2002	Führung des Sekretariats Camping Anderwald, Faak am See, Kärnten